

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 6.50 Mk. jährlich. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eintragung in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsgelaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für vollstehende und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengänge und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Injunkte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 18. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Des Zaren neuester Staatsstreich.*

Vom ersten Tag der soeben aufgelösten Duma an war es augenscheinlich, daß den Kern der entschiedenen Opposition die sozialdemokratische Fraktion bilden würde. Mit einem Schlage gelang es ihr, sich eine feste innere Struktur zu geben, die leitenden Motive zu entwerfen und schlagkräftig gleich bei der Regierungserklärung in die parlamentarische Situation einzugreifen. Es war denn auch natürlich, daß der Haß der Regierung sich besonders gegen die sozialdemokratische Fraktion richtete, deren grundsätzliche proletarische Politik, zumal in den Anfangsstadien der zweiten Duma, das einzige feste Zentrum der ganzen Linken war. Unsere russischen Genossen waren nicht in die Duma gegangen, um Scheinparlamentarismus zu treiben, in den Wahlversammlungen hatten sie sehr deutlich erklärt, daß sie ihre Arbeit in der Duma nur zu dem Zweck beginnen, um durch die Duma die große Volksmasse zu organisieren und auf den weiteren Kampf vorzubereiten, der nach Lage der Dinge unvermeidlich erschiene. Dieses taktische Prinzip war das Grundlegende in der ganzen Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Und ihre Arbeit zeitigte raschen Erfolg. Keine Fraktion der Linken konnte so enge Beziehungen mit der Masse draußen aufweisen. Um sie konzentrierte sich das Fühlen und Denken des klassenbewußten Proletariats, in dem sie ihre Wurzeln hatte und in dem sie die Virgilität für die Zukunft der Duma sah. Das alles war für die Regierung kein Geheimnis, und gleich am Tage nach der Dumaeröffnung hätte Stolypin mit demselben „Recht“ wie jetzt gegen die Fraktion vorgehen können.

Am 5. (18.) Mai erfolgte die Hausdurchsuchung im Lokale der sozialdemokratischen Fraktion, jene Hausdurchsuchung, die darauf schließen ließ, daß die Regierung etwas im Sinne habe, einen Plan auszudecken, dessen Endabsichten nicht von vornherein zu erkennen waren, der aber gewiß einen Schlag nicht nur gegen die Fraktion, sondern gegen die gesamte sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands ahnen ließ. Der ersten Hausdurchsuchung folgte eine zweite, und die sozialdemokratischen Abgeordneten waren förmlich von Geheimpolizisten belagert. Sie konnten keinen Schritt tun, ohne daß sie zwei oder drei Detektivs an den Fersen hätten. Das verstärkte die Mutmaßungen, daß das Polizeidepartement speziell gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten etwas im Schilde führte.

Zur selben Zeit begann auch das Wüten der offiziellen Presse gegen die Duma. Der „schwarze“ Verband bestimmte den Zarenhof mit Telegrammen des Inhalts: die Regierung möge die Duma auflösen. Die Agrarier sammelten ihre letzten Kräfte und boten alles auf, um ihren bereits im April gefassten Beschluß, die Duma müßte aufgelöst werden, zu verwirklichen. Es war ihnen ja nicht schwer, den Hof dafür zu stimmen, und wenn sich auch hier und da Gegenstrebungen bemerkbar machten, so wurde es doch immer deutlicher, daß diese Hintermänner der Kamarilla sich ihrem Ziele näherten. So war denn die Dumaauflösung näher gerückt, als man allgemein angenommen hat. Die alten Hochgeister der Bürokratie hatten gut gemerkt: es war ihnen gelungen, den Streich besser vorzubereiten, als man annehmen konnte. Es fehlte nur noch, den Anlaß zur Aufhebung zu finden. Und auch dieser wurde bald geschaffen. Schon Donnerstagabend tauchten Gerüchte auf, daß gegen die Duma vorgegangen werden solle, jedoch da solche Gerüchte in der letzten Zeit tagtäglich zirkulierten, so maß man ihnen keine besondere Bedeutung bei. Aber Freitag früh verstärkten sie sich. Um 2 Uhr nachmittags sollte — wie gewöhnlich — die Sitzung beginnen, und es sollten die Debatten über die lokalen Gerichte fortgesetzt werden. Vor der Sitzung jedoch erfuhr man, daß das Präsidium der Duma ein eigenhändiges Schreiben Stolypins empfangen habe, laut welchem der Ministerpräsident der Duma eine wichtige Mitteilung zu machen wünschte und auf Grund des § 40 der Geschäftsordnung die Anberaumung einer geheimen Sitzung verlangte. Die Stimmung wurde immer nervöser; denn nun war es sicher, daß etwas Besonderes vor sich gehen müsse.

Auf den Straßen in der Nähe der Duma spazierten die bekannten Wassermannschen Gestalten der „dritten Abteilung“ auf und ab. Die Polizeiposten waren verstärkt, und man wachte zu erzählen, daß in den anliegenden Höfen Militär versteckt sei. Kurz vor der Eröffnung der Sitzung sah man in der Vorhalle des Hauses vier Offiziere in voller Kriegsausrüstung, denen der Polizeioffizier der Duma die Ein- und Ausgänge zeigte! — Um 1 Uhr 35 Minuten ertönte die Glocke. Aufgeregt eilten die Abgeordneten in den Sitzungssaal, und Stolypin teilte nun mit, der Staatsanwalt des Appellhofes, Kamischanski, werde die Untersuchungsakte verlesen, aus der hervorgehe, daß einige Mitglieder der Duma sich gegen den Hochverratsparagrafen des Strafgesetzbuches vergangen hätten. Totensille herrschte im Hause, und Kamischanski las vor.

Was war nun das große Verbrechen der sozialdemokratischen Fraktion?

Die Schrift beginnt mit einer Darlegung der näheren Umstände bei der Hausdurchsuchung am 5. (18.) Mai: Die politische

Polizei hatte beobachtet, daß sechs verkleidete Unteroffiziere die Fraktion aufgesucht hatten; man beeilte sich, sie zu fassen, was aber nicht gelang! Immerhin hatte die Polizei das Glück, einige Teilnehmer dieser Deputation ausfindig zu machen, und nun gelang es ihr, ein bißchen Material zusammenzubringen. Sie stellte fest, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Geras einen kleineren Soldatenzirkel besuchte hat. Die Anklageakte selbst aber muß zugeben, daß er die Soldaten nur über ihre Lage ausgefragt und ihnen empfohlen habe, zu lesen, sich für die Dumaabhandlungen zu interessieren. Es ist aber in keiner Weise etwa bewiesen worden, daß Geras die Soldaten zu einer Revolte angeregt hätte.

Ein weiterer Akt ist die Entsendung einer Deputation verschiedener Militärabteilungen zu den sozialdemokratischen Abgeordneten. Und wiederum muß der Ankläger zugeben, daß auch hierbei die sozialdemokratische Fraktion eine passive Rolle gespielt hat! Die Fraktion nahm nämlich eine Aufstellung der Wünsche der Soldaten entgegen, machte sie aber darauf aufmerksam, daß sie der Deputation keinen weiteren Bescheid geben könne, daß sie aber, was an ihr liege, in der Duma tun werde, um das Los des Militärs zu bessern. Das Schriftstück gibt nun die Liste der Forderungen — den „Katas“ — der Soldatendeputation wieder. Aber auch hier findet sich kein Wort, das irgendwie auf militärische revolutionäre Vorbereitungen schließen ließe!

Im weiteren wird des langen und breiten das sozialdemokratische Programm, werden verschiedene Beschlüsse zitiert, welche die sozialdemokratische Partei in bezug auf die Wahl und die Tätigkeit der Duma gefaßt hat, lauter Dinge, die zur Genüge aus der legalen Presse bekannt sind. Alles, was das Schriftstück also „beweisen“ kann, ist nur: daß die Hauptarbeit der sozialdemokratischen Partei nach wie vor der Organisation der Volkskräfte gilt.

Aus den bei der Hausdurchsuchung in der Fraktion gefundenen Schriftstücken beweist der Staatsanwalt, daß diese in naher Verbindung mit der Partei steht, ihren Wählern regelmäßig Aufschluß gibt über den Gang der Arbeiten der Duma und daß sie die Wählerschaft fortwährend darauf aufmerksam macht, daß angesichts der reaktionären Politik der Regierung nur ein ständiger Druck der Volksmassen die Duma schlagen kann.

In einem weiteren Teil des Schriftstückes werden dann noch Parteiquittungen sowie Schreiben, die auf Parteiarbeit Bezug haben, zitiert, mit einem Wort, es wird ein Material vorgebracht, das nur von der alltäglichen Organisationsarbeit der Partei Zeugnis ablegt. Es muß betont werden, daß unter den vielen Schriftstücken, die bei der Hausdurchsuchung in der Fraktion gefunden wurden, kein einziges auch nur die leiseste Andeutung einer sogenannten „Verschwörung“ erkennen läßt. Ueberdies ist nicht erwiesen, daß diese Schriftstücke der Fraktion gehören, da bei der Hausdurchsuchung auch Fremde zugegen waren.

Das Hauptstück in der ganzen Beweisführung der Staatsanwaltschaft bildet ein Beschluß der Fraktion: der Wählerschaft eine zusammenfassende Auskunft über die Lage zu geben und Anstalten zu treffen, daß die Fraktion Gelegenheit erhält, sich mit den Vertretern der Parteiorganisation und der Wählerschaft mündlich über die Lage zu verständigen! Das ist alles, was das Zweifelhafte, in Folioformat gedruckte Schriftstück vorträgt! Und trotzdem sollten 16 Abgeordnete sofort verhaftet werden! Das waren die Sozialdemokraten Zeretelli, Kirienko, Dschaparidse, Mitroff, Alexinski, Dschol, Esaltkow, Komar, Geras, Anikin, Beloussoff, Lomtatidse, Anissimow, Sferoff, Winogradoff und Lopattin.

Nach der Verlesung der Anklageakte, um 3 Uhr 40 Min., trat eine Pause ein. Aufgeregt eilten die Abgeordneten in ihre Fraktionsstübchen. Vom Führer der Kadetten, Risjukoff, erfährt man, daß die Kadettenfraktion gegen die Auslieferung stimmen werde! Zwei Stunden später ward die Sitzung wieder aufgenommen. Die Rednertribüne betritt Purischewitsch, der verlangt, die Duma solle gleich Beschluß fassen, ohne den Antrag der Regierung einer Kommission zu übergeben, da ja die Schuld der Abgeordneten bewiesen sei! Es wäre ja klar, daß der Platz für die Abgeordneten nicht in der Duma sei, sondern im Gefängnis und am Galgen! Diese Bemerkung bringt die Sitzung in große Bewegung. Kadetten treten gegen Purischewitsch auf, und es wird Kommissionsberatung beantragt.

Sassonowitsch von der Rechten macht scharf: Die Regierung soll alle Gewaltmittel anwenden, um die Revolution, die eine soziale sei, zu zertrümmern; in der französischen Kommune seien 48 000 Menschen hingerichtet worden. Die Regierung möge sich daran ein Beispiel nehmen! Dann Zeretelli, der Führer der „Verschwörer“. Ruhig, stark und ausgeprägt wirft er der Regierung die Beschuldigung zu, sie wolle den Staatsstreich. „Die Frage, die wir heute zu lösen haben“, sagt er, „ist nicht formaler Natur, sie kann nicht gelöst werden durch den Gesetzesparagrafen. Wir kämpfen um die Volksvertretung. Man sagt uns hier, es gäbe keine Rettung außer der Duma, wir sagen aber, es gibt keine Rettung für die Duma, wenn sie nicht in Verbindung steht mit der Volksmasse, nicht mit ihrer Organisation lebt und das Volk nicht zum Kampf gegen seinen alten Feind erzieht. Napoleon trieb das Parlament auseinander, und wenn wir hier im Duma-

saal nicht das Bajonett sehen, so nur deshalb, weil es hinter diesen Mauern versteckt ist. Wenn die Duma vor dieser Drohung zurückschreckt, dann kann sie ja vielleicht noch weiter bestehen. Was wird dann aber diese Duma in den Augen des Volkes sein? Das Volk wird diese Duma verachten, sein ganzer Zorn wird sich gegen diese Duma der Schmach lehnen. . . . Nein, der Antrag braucht nicht einer Kommission übergeben zu werden. Die Beschuldigung, die man uns zuwirft, beruht auf Wahrheit. Ja, die sozialdemokratische Fraktion wollte eins werden mit dem Volke, sie strebte danach, und sie ist stolz, daß es ihr gelungen ist, die Vertreterin des Volkes zu werden!“

Die Rede Zeretellis war ein durchdringender Schlag. Sie durchzitterte alle und stärkte die Dankemütigen. Und wieder erscheint der Clown Purischewitsch: Nun sei es ja keine Frage mehr, daß der Antrag ohne weiteres erledigt werden kann! Der Führer der Sozialdemokratie habe ja selber zugegeben, was die Regierung vortrahe. Und wieder Anspielungen wie in seiner ersten Rede, daß ihm der Galgen als einziger Platz für die Sozialdemokraten erseine.

Nach einer zweiten Pause von 7 bis 1/10 Uhr begründete Kieseiwetter von den Kadetten den Antrag auf Kommissionsberatung. Nach ihm sprach von den Sozialdemokraten Mandelberg, der erklärte, es sei eine Farce, wenn die Regierung so tue, als ob sie nicht gewußt hätte, daß die sozialdemokratische Fraktion offen nach einem Zusammengehen mit dem Volke strebe. Dann sprach Genosse Dschaparidse: „Wie?“, fragt er die Duma, „die Regierung sucht nach Verschwörern? Verschwörer sind nicht die Sozialdemokraten, Verschwörer sind in jenen Kreisen zu suchen, die jetzt die Volksvertretung auseinanderreiben wollen. Das sind die Verschwörer gegen die Volksrechte!“

Um 1/12 Uhr findet die Abstimmung statt; der Kommission wird eine Zeit von 24 Stunden zur Berichterstattung gelassen! Diese Kommission setzte sich aus 22 Mitgliedern zusammen. Die Sitzung wurde gegen 1 Uhr geschlossen, und als die Deputierten auf die Straße herausstraten, sahen sie überall Patronen, die in voller Feldausrüstung das Dumagebäude und die nächsten Straßen besetzt hielten. Bereits während der Sitzung hatte man erfahren, daß die Polizei in den Wohnungen sämtlicher sozialdemokratischer Abgeordneter Hausdurchsuchungen vorgenommen, Kisten und Briefkästen aufgebrochen, in der Wohnung des Abgeordneten Tschatschin sogar die Türen erbrochen hatte.

Gegen Mitternacht war schon allgemein bekannt geworden, um was es sich in der Duma handelte, und große Menschenmengen strömten zum Lauritschen Palais. Man ließ sie nicht weiter gehen, sie mußten umkehren. Die Polizeipatronen ließen auch nicht die kleinste Ansammlung zu.

Am Sonnabend sollte die Frage über Sein und Nichtsein der Duma entschieden werden. Die Kommission prüfte die Akte und hörte die Erklärungen des Justizministers an. Das erschien aber der Regierung zu langwierig, sie wollte kurzen Prozeß machen. Es handelte sich ja nicht um die Frage des Rechts, sondern um einen Akt der Willkür.

In der Nacht zum Sonntag wurde es bekannt, daß die Duma bereits aufgelöst sei! Am Sonntagmorgen schon steckte an den Straßenecken das Dekret des Zaren, welches die Wahlrechtsumstürzung ankündigte und in einem Manifest die bekannten Lügen vortrahe, an welche die Welt bereits gewöhnt ist.

Und nun das Manifest selber! Ein echtes Machwerk verlogener russischer Bürokraten-Despoten! Nikolaus beruft sich, wie einst Alexander III., auf seinen souveränen Willen. Er macht gar nicht den Versuch, den Staatsstreich irgendwie zu rechtfertigen, obwohl das Grundgesetz verlangt, daß das neue Wahlrecht nur mit Genehmigung der Volksvertretung geändert werden kann! Doch was schert das Nikolaus und seine Kamarilla? Die berufen sich auf ihre historische Macht und damit basta! Die Clique, die Russland ins Elend gestochen, den russischen Staat ruiniert hat, die Clique der Herrscherschaft macht sich an, ein Urteil über die Volksvertretung zu fällen! Sie will nun ein gefügiges reaktionäres Scheinparlament, das ihr behülfslich sein kann, ihre alte Politik der Unterdrückung und Ausbeutung fortzusetzen. Sie gibt sich der trügerischen Hoffnung hin, daß es ihr gelingen werde, das russische Volk, das in den letzten zwei Jahren in zahlreichen Kämpfen gestärkt und gestählt, niederzudrücken! Aber ruhig schreiet die Revolution weiter. Sie weiß, daß die Stunde ihres Sieges kommt. Der Gewaltstreich, den Stolypin und Nikolaus jetzt ausgeführt haben, fällt auf ihr Haupt zurück. Das Proletariat Russlands wird sich nicht ruhmlos zu Boden treten lassen.

Das Lügen-Manifest.

Am Sonntag hat man das „Manifest“ veröffentlicht, mit dem Nikolaus II. „von Gottes Gnaden“ vor seine „getreuen Untertanen“ tritt, um ihnen in seiner hehren Eigenschaft als Kaiser und Selbstherrlicher aller Reußen, Jar von Polen, Großfürst von Finnland usw. pp. zunächst „kund und zu wissen“ zu tun, daß gemäß seinem Befehle und seinen seit Auflösung der ersten Reichsduma gemachten Verfügungen die russische Regierung eine Reihe Maßnahmen ergriffen habe, um das Land zu beruhigen (!!) und eine reaktionäre Umwidlung der Staatsgeschäfte herbeizuführen.

* Auf der Grundlage und brieflich ausgegangener Materialien.

„Die zweite von uns einberufene Reichsduma“, so heißt es weiter, „ist zusammenberufen worden gemäß Unserem sonderbaren (1) Willen, um zu der Verwirklichung Russlands beizutragen hauptsächlich durch gesetzgeberisches Wirken, ohne daß das Wesen eines Staates und die Ausgestaltung seiner Verwaltung unmöglich ist, ferner durch eine Prüfung der Subjekt-einnahmen und Ausgaben, durch welche die Regelmäßigkeit der nationalen Wirtschaft bestimmt wird, und endlich durch weissen (2) Gebrauch des Rechtes der Interpellation an die Regierung zu dem Zwecke, die Wahrheit und die Gerechtigkeit (3) überall zu befestigen. Diese von uns den Erwählten der Nation anvertrauten Pflichten legen diesen die schwere Verantwortlichkeit und die heilige Verpflichtung auf, ihre Rechte zu gebrauchen für eine vernünftige und fruchtbringende Arbeit zum Wohle und zur Befestigung des russischen Staates. Dies war unser Gedanke und unser Wille, seitdem wir dem Volke die neuen Grundlagen für das Staatsleben gegeben haben. Zu Unserem Schmerze (4) hat ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der zweiten Reichsduma unsere Erwartungen nicht gerechtfertigt. Nicht mit reinem Herzen, nicht mit dem Wunsch, Rußland wieder zu befestigen und seine Verwaltung zu vervollkommen, haben sich viele der Abgeordneten des Volkes an die Arbeit gemacht, sondern in der ausgesprochenen Absicht, die Urfragen zu verzerren und zur Verhinderung des Staates beizutragen.

Infolge der Tätigkeit dieser Personen hat die Reichsduma ein unwürdevolles Hindernis für eine fruchtbare Arbeit gebildet. Ein feindseliger Geist wurde in die Duma selbst hineingebracht und verhindert dort den Zusammenbruch einer genügenden Anzahl von Mitgliedern, die gewillt gewesen wären, für die Interessen des Vaterlandes zu arbeiten. Aus diesem Grunde hat die Reichsduma über die weitgehenden, von unserer Regierung ausgearbeiteten Maßnahmen entweder gar nicht verhandelt, ihre Diskussion verzögert oder sie verworfen, wobei sie nicht einmal vor der Zurückweisung von Gesetzen zurückschreckte, die die offene Verherrlichung von Verbrechen mit Strafen belegten und insbesondere diejenigen mit Strafen bedrohten, die Verurteilung in die Arme hineintrugen. Indem die Reichsduma so sich weigerte, Morde und Gewalttaten zu mißbilligen, hat sie auch der Regierung bei der Wiederherstellung der Ordnung die moralische Unterstützung nicht geleistet, und Rußland leidet noch wie vor unter der Schmach einer verwerflichen Zeitperiode und unter großem Mißgeschick. Die Prüfung des Budgets seitens der Duma brachte Verwirrung in die notwendige Befriedigung vieler, ein Lebensinteresse des Volkes bildenden Forderungen. Das Recht, Interpellationen an die Regierung zu richten, wurde von einem beträchtlichen Teile der Duma in ein Mittel zur Bekämpfung der Regierung und zur Erregung von Mißtrauen gegen sie in weiten Schichten des Volkes umgewandelt. Endlich wurde ein in den Annalen der Geschichte unvorhergesehenes Verbrechen begangen. Die Gerichtsbehörden entdeckten eine Verschwörung eines Teiles der Duma gegen den Staat und die kaiserliche Gewalt. Aber als unsere Regierung die zeitweilige Ausschließung bis zum endgültigen Urteilsspruch von 65 des Verbrechen angeklagten Dummamitgliedern und die Verhaftung der am meisten Verdächtigen von ihr forderte, erfüllte die Duma nicht unverzüglich die gesetzliche Forderung der Behörden, welche einen Aufschub nicht zuließ. (5) Alle diese Umstände zwangen (6) uns, durch Erlass vom 16. d. M. an den Senat die zweite Duma aufzulösen und als Tag der Zusammenberufung der neuen Duma den 14. November festzusetzen. Im Vertrauen auf die Vaterlandsliebe und den politischen Sinn Unseres Volkes sehen wir jedoch die Ursache des zweimaligen Mißerfolgs der Tätigkeit der Reichsduma darin, daß wegen der Neuheit des Verleses und wegen der Unvollkommenheit des Wahlgesetzes (7) diese gesetzgeberische Einrichtung sich aus Mitgliedern zusammensetzte, die nicht die wahren Vertreter der Bedürfnisse und Wünsche des Volkes waren. Infolgedessen haben wir, indem wir alle durch das Manifest vom 30. Oktober 1905 Unseren Untertanen erteilten Rechte und die Grundgesetze in Kraft lassen, den Entschluß gefaßt, das Verfahren für die Berufung der Volksvertreter in die Reichsduma abzuändern, damit jeder Teil Unseres Volkes in ihr seine Vertreter habe. Die Duma, die daraus ist, den russischen Staat zu schützen, muß russisch sein auch ihrem Geiste nach. Die anderen Nationalitäten, die Unserem Reiche angehören, sollen in der Reichsduma ebenfalls Vertreter ihrer Bedürfnisse haben, aber sie dürfen und werden nicht in einer Zahl in Erscheinung treten, die ihnen die Möglichkeit gibt, in rein russischen Fragen zu entscheiden. In den Staatsgebieten, wo die Bevölkerung noch keine genügende Stufe der bürgerlichen Entwicklung erreicht hat, müssen die Reichsdumawahlen einseitig ausgeübt werden. Auf dem gewöhnlichen gesetzgeberischen Wege durch die Reichsduma, deren Zusammenberufung von uns wegen der Unvollkommenheit des Verfahrens zur Wahl ihrer Mitglieder als unzulänglich erkannt worden ist, würden alle diese Veränderungen der Wahlordnung nicht eingeführt werden können. Das Recht, dieses Gesetz abzuändern und es durch ein neues zu ersetzen, kann nur der Macht zukommen, die das erste Wahlgesez gegeben hat, nämlich der historischen Macht des russischen Kaisers. Unsere kaiserliche Macht über unser Volk hat uns Gott verliehen. Vor seinem Altar werden wir die Verantwortung zu tragen haben wegen des Geschickes des russischen Staates. Aus dem Vertrauen hierauf schöpfen wir den festen Entschluß, das von uns begonnene große Werk zu Ende zu führen, das Werk der Reformation Russlands, dem wir ein neues Wahlgesez geben, mit dessen Veröffentlichung wir den Senat beauftragen. Von Unseren getreuen Untertanen erwarten wir einmütigen, kraftvollen Dienst in der von uns angegebenen Richtung für das Vaterland, dessen Söhne zu jeder Zeit die feste Stütze seiner Macht, seiner Größe und seines Ruhmes gewesen sind.

Gegeben Peterhof am 16. Juni 1907.

Nikolaus.

Das „Manifest“ ist selbst für russische Verhältnisse mit einer ungewöhnlichen Portion Dreistigkeit zusammengebastelt. Nur ein Gutes hat es: In hülsenloser Nacktheit tritt der brutale Nachstandspunkt der Petersburger Staatsstreichgarde vor uns hin: Ihr „Kerl“ in der Duma habt nicht so gekniffen, wie wir es von unseren Untertanen seit jeher gewohnt sind — wir legen die Hände nach Hause! Das Wahlgesez hat trotz aller „Erläuterungen“, trotz aller Einschränkungen und Einschränkungen, für die wir reichlich Sorge trugen, nicht die „Auslese“ ergeben, deren Schafgeduld wir allenfalls ertragen hätten — also muß ein neues Wahlgesez gegeben werden, das bessere Statuten gegen die Dreistigkeit „unrussischer“ Elemente garantiert, das Wahlrecht in einigen Teilen des Reiches auf ein Minimum reduziert, in anderen gar vollständig aufhebt!

Was im „Manifest“ in bezug hierauf nur leise angedeutet ist, das wird in voller Deutlichkeit Hargemacht durch das neue Wahlgesezmonstrum.

Die Petersburger Telegramm-Agentur führt das neu otfrohierte händische Wahlgesez folgendermaßen in die Öffentlichkeit ein:

Petersburg, 16. Juni. Das heute veröffentlichte neue Wahlgesez läßt die allgemeinen Grundlagen des bisherigen fortbestehen. (1) In den Gouvernements werden die Wahlen wie bisher durch besondere Versammlungen der Wähler der Bevölkerungsklassen bewerkstelligt werden, welche auch früher wählten. Nicht eine Klasse, nicht eine Person, welche das Wahlrecht bisher besaß, verliert dasselbe, und alle werden an der Wahl der Dummamitglieder in der bisherigen Ordnung teilnehmen. Die Ausschließung des neuen von dem alten Wahlgesez besteht darin, daß durch das neue Wahlgesez jeder Bevölkerungsklasse, nämlich den Grundbesitzern, den Bauern, den Städtern und den Arbeitern, eine bestimmte Mindestzahl in der Volksvertretung gesichert wird. Andererseits gibt es den intelligenten und in sozialer Hinsicht widerstandsfähigen Klassen einen Vorzug bei den Wahlen,

indem es die Zahl ihrer Wähler in den Wahlversammlungen im Vergleich mit den Vertretern der nichtintelligenten Massen vergrößert. (2) Das Ueberwogen der letzteren bei der ersten und bei der zweiten Wahl hatte eine Ueberfüllung der Duma mit Abgeordneten zur Folge, welche jegliche Vorbereitung für das Verständnis der Angelegenheiten der Staatsverwaltung abgab und von welchen ein bedeutender Teil selbst der elementaren Bildung bar war. (3) Schließlich setzt das neue Wahlgesez die Zahl der Vertreter derjenigen Grenzmarken Russlands — Polens und des Kaukasus — herab, welche mit dem Reiche noch nicht bis zu einem solchen Grade verwachsen sind, daß ihre Vertreter vom Verständnis für die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der „russischen“ Bevölkerung durchdrungen sein könnten. (4) In den Grenzmarken, wo die bürgerlichen Beziehungen noch gänzlich unentwickelt sind, so in Turkestan, in den Steppengebieten und im Jakutgebiet, werden die Wahlen zeitweilig eingestellt werden. Indem das neue Wahlgesez den extremen Charakter des früheren beseitigt, verspricht es eine Reichsduma zu schaffen mit einem Bestand von Vertretern, welche bereits in der lokalen Selbstverwaltung Erfahrung haben und an friedliche, ruhige Arbeit gewöhnt sind.

Die Wahlmänner werden gewählt in Versammlungen von Grundbesitzern, von Bevollmächtigten von Bauern, von städtischen Wählern in zwei Klassen und von Arbeiterbevollmächtigten. Die Versammlungen der Grundbesitzer, der Bauernbevollmächtigten und der städtischen Wähler können auf Anordnung des Ministers des Innern geteilt werden nach Ortlichkeiten, nach höherem oder niedrigerem Vermögensstand und in Bezirken mit gemischter Bevölkerung nach ihrer Nationalität. (1) Bevollmächtigte und Wahlmänner können nur aus Personen gewählt werden, die das Recht der Teilnahme an den Versammlungen an dem Orte besitzen, wo die Wahlen stattfinden. Personen, denen das Recht der Teilnahme an diesen Wahlen nicht zukommt, dürfen den Wahlen nicht beiwohnen. Jene, welche Resolutionen und Beschlüsse, welche auf die Wahlhandlung keinen Bezug haben, dürfen von Versammlungen nicht geteilt werden. Die Gouvernements-Wahlversammlung wählt in corpore einen Abgeordneten aus der Zahl der Wahlmänner der Grundbesitzer-Versammlungen, hierauf einen Abgeordneten aus der Zahl der Wahlmänner bäuerlicher Versammlungen erster und zweiter Klasse. Bezüglich der Reihenfolge, in der diese Wahlen vorzunehmen sind, enthält das Gesez für die verschiedenen Gouvernements verschiedene Bestimmungen. (2) Hierauf erfolgt durch die Gouvernementsversammlung aus der Gesamtzahl der Wahlmänner die Wahl der übrigen vom Gesez für die betreffenden Gouvernements festgesetzten Abgeordneten. In den Städten mit eigener Vertretung, Warschau und Lodz ausgenommen, wählt jede der zwei Klassen ihre Abgeordneten gesondert aus ihrer Mitte. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 442*, davon entfallen auf das europäische Rußland 408, auf das asiatische Rußland 15, auf den Kaukasus 10, auf Polen 14.**)

Durch eine Meldung vom Montag werden folgende weitere Einzelheiten bekannt:

Die Wahlen zur Reichsduma finden in den Gouvernements statt, die nach den allgemeinen Gouvernementsverwaltungs-gesetzen verwaltet werden, und in den sieben Städten: Petersburg, Moskau, Warschau, Kiew, Lodz, Odesa und Riga, in Polen sowie den Gouvernements Jertsel und Jemissei sind die Wahlen nach dem alten Wahlgesez statt, mit der Maßgabe, daß Polen 14 Abgeordnete, darunter zwei Abgeordnete russischer Nationalität, in die Duma schickt. — Die Wahlen im Kaukasus und im fernem Osten werden durch besondere Geseze geregelt. In fünf von den obengenannten sieben Städten, nämlich in Petersburg, Moskau, Kiew, Odesa und Riga finden die Wahlen auf Grund direkter Stimmabgabe statt. Jeder Stimmberechtigte hat bei den Wahlen nur eine Stimme und kann nur in einer Wahlkurie wählen. Die Wahlen der Abgeordneten zur Reichsduma finden in Gouvernementsversammlungen statt, die aus Wahlmännern von fünf Kategorien bestehen: aus Grundbesitzern erster und zweiter Stufe, städtischen Wählern, Bauern und da, wo das Gesez es bestimmt, auch aus Arbeitern.

Man kann sich schon heute eine Vorstellung davon machen, wie die neue, die dritte Reichsduma beschaffen sein wird, wenn sie an dem — auch bereits festgesetzten — Tage, dem 14. November dieses Jahres, zusammentritt: eine Versammlung williger Regierungscreaturen, aufgestellt nach dem „Bildungs-“ und dem Vermögensstande, nach nationalen und sonstigen Einschränkungen, die der Regierung spielend die Möglichkeit schaffen, ihr aus nationalen Gründen unliebsame Elemente, vor allen Dingen aber die „ungebildeten“ Arbeiter, aus dem subenzen in gemachten Parlamente festzuballen.

Allerdings — bis zum 14. November sind es noch fünf Monate, und in fünf Monaten kann sich vieles, sehr vieles ändern.

Vom Regierungskampf gegen die städtische Selbstverwaltung.

Bekanntlich liegen seit einiger Zeit unerkennbare Anzeichen vor, daß die preussische Regierung wieder einmal eine Aktion größeren Stils gegen die tümmeligen Reste der städtischen Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Schulwesens im Schilde führt, vielleicht als Antwort auf die einmütige Verurteilung, die das System Studt und sein Träger neuerdings in der gesamten unbestochenen öffentlichen Meinung Deutschlands gefunden hat. So wird jetzt aus Kiel, wo erst kürzlich von der Provinzialschulverwaltung über die lokalen Schulbehörden weg den städtischen Lehrern die Beteiligung an den Unterrichtsstufen der Arbeiterschule verboten worden, ein nettes Stückchen dieser neuesten Studierlei berichtet. Charakteristisch für den hinterhältigen Geist dieser echtpreussischen Politik ist es, daß sie wieder zwei Fliegen mit einer Klappe zu treffen sucht, die verhasste städtische Selbstverwaltung und die noch verhasstere Arbeiterbewegung, offenbar in der schlaun Spekulazion, daß die Stelle des geringsten Widerstands in der herrschenden Kommunalbourgeoisie deren Abneigung gegen das organisierte Proletariat bildet und an diesem Punkte die städtische Selbstverwaltung am sichersten überdoppelt werden könne.

In Kiel handelt es sich um folgendes. Der Oberbürgermeister Fuh erhielt von dem Provinzialschulkollegium in Schleswig die Weisung, der Freien Turnerschaft an der Kieler Förde die Benutzung der städtischen Turnhallen zu entziehen. Den Bürgermeister mußte dieser Auftrag um so peinlicher berühren, als er erst vor wenigen Tagen, auf dem schleswig-holsteinischen Städtelag in Altona, im Anschluß an ein Referat über die Stellung der Städte zu Spiel und Sport, Gelegenheit genommen hatte solche vom Kultusministerium ausgehenden Verbote scharf zu kritisieren und den anwesenden Oberpräsidenten darüber zu interpellieren, wie sich die Provinzialregierung dazu stelle; worauf dieser antwortend geantwortet hatte.

Es kam hinzu, daß man in weitesten Schichten der Bürgerschaft und besonders in Kreisen über Studis Streich wider die Unterrichtsreform der Arbeiterschule noch immer außerordentlich empört ist, natürlich weniger wegen seiner gegen die Arbeiter gerichteten Spitze, als deshalb, weil man Studis Vorgehen als brutalen Eingriff in städtische Rechte um so bitterer empfand, je weniger nach den gesetzlichen Bestimmungen dagegen zu machen war.

*) Bisher 525! **) Bisher 40! Anmerkung der Redaktion.

Diesmal aber schien die Reichslage günstiger zu sein für die Stadt. Der Turnverein zählt nämlich nicht für die Benutzung der Turnhallen, und in allen Fragen der Stadtkommunikation steht nach den Bestimmungen der Städteordnung die Entscheidung bei den städtischen Kollegien. Der Oberbürgermeister war also nicht in der Lage, den ihm als Staatsbeamten erteilten Befehl der Regierung ohne weiteres auszuführen, sondern er mußte das Ansinnen der Regierung in Form eines Antrags den Kollegien unterbreiten. Es wurde also vom Magistrat der Antrag gestellt.

Die städtischen Kollegien mochten genehmigen, daß an den Turnverein freie Turnerschaft an der Kieler Förde eine Weitervermietung der städtischen Turnhallen vom 1. April 1908 ab nicht mehr erfolgt.

In der Begründung des Antrags war zunächst auf die finanzielle Sachlage hingewiesen und dann der Standpunkt der Regierung folgendermaßen wiedergegeben:

Die königliche Regierung in Schleswig steht auf dem Standpunkt, daß es sich bei diesem Verein um eine turnerische Organisation der Sozialdemokratie handelt — was freilich vom Turnverein ausdrücklich bestritten wird — und verlangt daher, daß dieser Turnverein aus den ihm bisher zur Verfügung überlassenen fünf städtischen Turnhallen ausgewiesen werde. Andere Turnvereine sollen diese Turnhallen wie bisher weiter benutzen dürfen.

Man sieht, die städtische Verwaltung in Kiel hatte in der Formulierung dieses Antrags den täppischen Streich der Regierung geschildert pariert. In dem Magistratsantrag ist vom Ausweise des Turnvereins keine Rede und in der Begründung des Regierungshandpunktes ist dessen geschäftiger Charakter durch den Satz von den „anderen Turnvereinen“ nachdrücklich hervorgehoben.

Die Sache wurde in geheimer Sitzung verhandelt und der Magistratsantrag von den Stadtverordneten einstimmig, vom Magistrat gegen die Stimme des Oberbürgermeisters abgelehnt. Wie das Organ des stellvertretenden Stadtverordnetensprechers, die „Kieler Zeitung“, über den Gang der Verhandlung mitzuteilen für angebracht hielt, haben die Kollegien die Vorlage abgelehnt, weil sie einmütig der Ansicht waren, daß das Bestimmungsrecht über die Turnhallen der Stadt zusteht, deren Eigentum sie sind. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß, wie alle Turnvereine, die städtische Turnhallen benutzen, auch der besonders in Betracht kommende, in den Hallen politische Angelegenheiten nicht betreiben darf. Eine Beschwerde darüber, daß dies geschehen ist, auch von seiner Seite eingegangen. Das Dispositionsrecht der Gemeinde über ihr Eigentum wollen die Kollegien nicht antauchen lassen.

Oberbürgermeister Fuh wird nun, wie angekündigt wird, in seiner Eigenschaft als unmittelbarer Staatsbeamter genötigt sein, diesen Beschluß zu beanstanden, so daß es zum Verwaltungsstreitverfahren kommt und die Sache beim Oberverwaltungsgericht zum Austrag gebracht wird. Die Stellung des Oberbürgermeisters wird von der „Kieler Zeitung“ mit Rücksicht auf dessen Ausführungen auf dem Städtelag in Altona als tragisch bezeichnet, und es wird direkt ausgesprochen, daß er den Auftrag der Regierung gegen seine Ueberzeugung vertreten habe.

Offentlich wird vor dem Oberverwaltungsgericht der Kampf der Regierung wider die städtische Selbstverwaltung im allgemeinen wie auch die Verfolgung des Kieler Arbeiter-Turnvereins im speziellen der breitesten Erörterung unterzogen. Der Freien Turnerschaft an der Kieler Förde wird seit ihrem Bestehen von den Behörden mit all den Maßnahmen, auf die sich die preussische Regierung zur Zeit der Heiligen Allianz und der Demagogischen Bewegung trauert hat, das Leben sauer gemacht. Erst suchte man sie vermittels des Vereins- und Versammlungsrechts zu erdroffeln und hegte ihr einen wahren Hattenkönig von Prozessen an den Hals. Diese Aktion endigte damit, daß dem Verein vom Kammergericht sein unpolitischer Charakter bestätigt wurde. Wenn jetzt die Regierung in der oben wiedergegebenen „Begründung“ ihres neuesten Streiches den Verein trotzdem zum sozialdemokratischen strempelt, so beweist dies höchstens wieder, daß in Preußen niemand weniger sich um die Justiz kümmert, als Polizei und Verwaltung, wenn ihnen gerade die Justiz nicht in ihren reaktionären Kram paßt. Dann ging man daran, mit Hilfe der Schulgesetzgebung dem Arbeiterverein den Garaus zu machen. Die Regierung verlangte, daß in den Schülerabteilungen der Unterriecht bloß von staatlich geprüften Turnlehrern erteilt würde, verlagte aber gleichzeitig den Verein auf zufällig einen sozialdemokratischen Redakteur, der das Turnlehrerdiplom besaß — jetzt dekretierte die Regierung, ein Sozialdemokrat besitze nicht die gesetzlich verlangte städtische Qualifikation zur Erziehung der Jugend.

Nebenbei wurde, trotz des Kammergerichtsurteils, der Verein eifrig bespöttelt. Bei Turnfahrten wurden die Landräte der Kreise, die die Turner bei ihrem Marsch berührten, durch die Kieler Polizeibehörde davon in Kenntnis gesetzt und gebeten, observieren zu lassen, was die Turner trieben, welche Lieder sie sangen usw. Die Landräte wurden aber gebeten, recht un-auffällig zu operieren, nur Kriminalbeamte in Zivil zu verwenden, und zwar solche, die in der betreffenden Gegend nicht bekannt seien, usw. Ueber das Tun und Treiben der einzelnen Abteilungen auf den Turnabenden ist die Behörde so genau informiert, daß man im Verein der Ansicht ist, es müßten sich Spichel unter die Mitglieder eingeschlichen haben.

Daß nun auch zu diesem letzten Ausschreiben auf den Verein sich wieder gerade das Kultusministerium hergibt, ist in höchstem Grade charakteristisch sowohl für die preussische Regierung als für das Ministerium Studt. Im Studischen Regime erfüllt das preussische Staatsministerium in schlechthin nicht zu übertreffender Vollendung den traditionellen Zweck dieses Ressorts, den Geist der Kultur zu meucheln. Und was der preussische Regierung noch nicht einmal mehr die Polizei besorgt, das apportiert ihr allemal noch der Kultusminister.

Das liberale Kieler Bürgerturn aber, das jetzt gegen die verhasste Regierung sich auf die Hinterbeine stellt, hat sich noch vor einem halben Jahre, im verflochtenen Wahlkampfe, mit Stolz als Regierungspartei bezeichnet. Es erriet jetzt den Lohn für seine Prokurierung.

Aus dem schwarzen Buch der preussischen Polizei.

Wir haben wiederholt von dem Schicksal der Oesterreicherin Frau Straffer berichtet, die am 28. Mai bei der viel erörterten Russentreibung aus angeblich kriminellen Gründen mit festgenommen und eine Woche lang, widergesichtlich, ohne richterliche Vernehmung und ohne Haftbefehl in Polizeigewahrsam festgehalten wurde. Nach Ablauf der Woche wurde ihr eröffnet, daß sie am nächsten Morgen 7 Uhr per Zwangsandramp auf die österreichische Grenze abgehoben werden solle; zur Ordnung ihrer Angelegenheiten wurde sie in Begleitung zweier Kriminalbeamter von 8-7 Uhr nachmittags „losgelassen“; die Beamten begleiteten sie in ihre Wohnung und ließen sie nicht einmal eine Sekunde allein mit ihrem 9-jährigen Kinde, das sie, an Windpocken erkrankt, bettlägerig und im Giebel verlor. Ein Jahr in Berlin gewesen und nahm u. a. die Stellung einer Sekretärin der Deutsch-russischen medizinischen Gesellschaft ein; der Gnade beluchte ein Schöneberger Gymnasium; ihr Viel-

Vertrag lief bis zum 1. Oktober; sie besaß eigenes Wohnvermögen. All diese Angelegenheiten sollte die bedauernde Frau binnen vier Stunden in Begleitung der beiden — übrigens sehr hübschen — Wächter regeln! Als sie den Wunsch äußerte, zur Ordnung ihrer Angelegenheiten sich auch nach der Kaiser Wilhelmstraße begeben zu dürfen, beschied sie ein Beamter, nachdem er sich telefonisch hatte instruieren lassen: sie dürfe überall hingehen — nur nicht zu Rechtsanwalt Dr. Liebkecht! Dabei war inzwischen Genosse Liebkecht unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses über die Erkrankung des Kindes beim Polizeipräsidenten für Frau Straffer vorstellig geworden und also bereits für sie legitimiert! Diese Vorstellung, die Atteste und eine Untersuchung durch den Kreisarzt hatten immerhin zur Folge, daß Frau Straffer, die Punkt 7 Uhr vom Krankenbett ihres Kindes fort und in Polizeigewahrsam entlassen wurde. Es wurde ihr bis auf weiteres der Verbleib in Preußen verweigert. Der Kreisarzt gab als vorläufige Dauer der Transportunfähigkeit des Kindes zehn Tage an.

Damit schien alles sozusagen in diejenige Disharmonie mildernden Grades aufgelöst, die unser preussisch-politisches Verhältniß und verkrampftes Staatsbürgergefühl als Harmonie zu empfinden sich gewöhnt hat. Frau Straffer ordnete ihre Angelegenheiten so gut es ging und ließ durch ihren Vertreter am 5. d. Mts. ein ausführlich motiviertes Gesuch um Aufhebung der Ausweisung anfertigen, das am Vormittag des 6. dem Polizeipräsidenten überreicht wurde. Auf dieses Gesuch ist bis zu diesem Augenblick eine Antwort nicht eingetroffen. Wohl aber waren am 6. Juni früh 1/8 Uhr, also vor Einreichung jenes Gesuchs, und nur sechs Tage nach ihrer Entlassung, zwei Kriminalbeamte in der Wohnung der Frau Straffer erschienen, hatten sie festgenommen und von neuem ins Polizeigewahrsam gebracht. Und zwar alles dies, ohne daß auch nur ein Wort der Warnung an Frau Straffer ergangen wäre; ohne daß ihr nur durch eine Silbe angedeutet worden wäre, daß nun das Kind als transportfähig erachtet und ein längeres Verweilen nicht mehr gebietet werde! Und ohne, daß die Ausweisung rechtskräftig geworden wäre, obwohl vor dieser Rechtskraft nach § 53 des Landesverwaltungsgesetzes die Ausweisung nur bei Gefährdung der Staatsicherheit zulässig ist! Und obwohl Frau Straffer natürlich auf Erfordern jederzeit bereit und da sie auch mit Geldmitteln zureichend versehen war, sich insstande befand, freiwillig Preußen auf der ihr genehmten Route — sie wollte nach Prag oder in die Schweiz — zu verlassen! Noch am gleichen Nachmittag, so erklärte die Beamten, werde sie durch Zwangstransport an die österreichische Grenze befördert werden. Und das Kind? Das noch nicht völlig gebildet war? Das die Narben noch auffällig trug und sich in erster Gefahr eines gefährlichen Rückfalls befand? Das könne sie ja mitnehmen, hieß es! Natürlich lehnte Frau Straffer ab, ihr krankes Kind mit ins Polizeigefängnis zu schleppen.

Anschließend infolge jenes Gesuchs ihres Anwalts wurde die Abschiebung sodann bis zum folgenden Morgen verzögert, an dem sie auf einen Dummelzug dritter Klasse mit dem halbkranken Kinde an die böhmische Grenze transportiert und dort der österreichischen Polizei übergeben wurde, die in ihrer schwarzen Uniform gar nicht recht wußte, was sie mit ihr anfangen sollte.

Wir haben oben rein pragmatisch berichtet, um die Tatsachen für sich sprechen zu lassen.

Diese Tatsachen zeigen die Polizei im Wiederholungsfalle aller der Delikte und Kulturwidrigkeiten schuldig, deren wir sie aus Anlaß der Russenaffäre vom 2. Mai und besonders im Fall Leibow bezichtigt haben. Daß Österreich nicht nachläßt, ist nicht Verdienst der Polizei. Auch im Falle Straffer hat die Polizei die ungelegliche Ausweisungsklausel praktiziert. Sie hat sich auch der Freiheitsberaubung schuldig gemacht. Wie wir hören, wird gegen die verantwortlichen Beamten Strafanzeige erstattet werden.

Und in der Tat: die Mängelhaftigkeit der hiesigen Polizei, die unerbittliche Grundlosigkeit der Ausländer, die sie fortlaufend abt, müssen dringender eudisch einmal der richterlichen Entscheidung unterworfen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni 1907.

Gardens Rückzug.

Die „gutgesinnten“ Blätter ziehen, wie vorauszusehen war, aus der Weigerung Gardens, vor dem Charlottenburger Amtsgericht, über das Treiben der Liebenberger Tafelrunde auszusagen, die Folgerung, daß Gardens nichts Belastendes wisse und deshalb an dem „Mistich“ über Kamarilla und Homosexualität, der in den letzten Wochen durch die Presse kein, nichts Wahres sei. Die ganzen Erörterungen wären nichts gewesen als Sensationsmacherei. Eine recht seltsame Schlussfolgerung. Denn selbst wenn Herr Gardens nichts von Verstößen gegen den § 175 wissen sollte, ja selbst wenn erweisen werden sollte, daß sämtliche Mitglieder der Tafelrunde noch weit keuschere wären als ein katholischer Kaplan, so würde dadurch die Tatsache, daß die Eulenburgsche Fremdespion die Regierungsgeschäfte zu beeinflussen und den höchsten Reichsbeamten zu stürzen versucht hat, nicht im geringsten widerlegt. Und um dieses politische Treiben der Kamarilla handelt es sich für ernstliche Leute; die sexuelle Qualifikation der Tafelrunde und die normale oder anormale Befriedigung ihres Geschlechtsdranges geht unserer Ansicht nach die Öffentlichkeit, falls nicht jugendliche Personen geschädigt sind, gar nichts an. Das ist eine rein private Angelegenheit der Beteiligten.

Aber zudem beweist Gardens Verweigerung der Aussage noch durchaus nicht, daß er nichts weiß. Das Motiv seines Rückzuges und seiner eigenartigen Wackervorläufe ist doch wirklich nicht so schwer zu erkennen. Er hat im Interesse eines der Liebenbergischen Tafelrunde feindlichen Kreises, der auf anderem Wege den Eulenburgischen Einfluß nicht zu brechen wußte, die betreffenden Artikel geschrieben, und auf dem Umweg über den Kronprinzen sind dann diese Artikel dem Kaiser in die Hände gespielt worden — und haben ihre Wirkung getan. Damit aber ist für diesen Kreis resp. Classe die Sache erledigt. Die Einzelheiten aufzuheben und das große Publikum ins Bild in das Treiben der Kamarilla, in die bössche Intrigengewalt tun zu lassen, dazu verführen sie, da sie selbst den betreffenden Kreisen angehören, keine Neigung — zumal der Ausgang vielleicht auch für sie, wenn ein großer Skandal entstehen sollte, recht unangenehm sein könnte.

Deshalb die Lösung: „Rückwärts, rückwärts, edles Mädchen!“ Die Frage ist nur, ob der Rückzug tatsächlich dem offenen Skandal vorzuziehen ist. Daß Gardens zu seinen Attacken nur durch den Widerwillen gegen das „fäulliche, un-männliche Wesen“ der Eulenburg veranlaßt worden ist, glaubt nur der, der seit seiner Geburt wenig gelernt hat. Den andern erscheint Herr Gardens als Vollstrecker einer den Eulenburgischen Einfluß bekämpfenden Gegenclique, und sie sagen sich: Welcher Dreck muß dort aufgehäuft sein, wenn man in diesem Maße die Öffentlichkeit scheut.

Die Komödie im Haag.

Die Friedenskonferenz im Haag hat am Sonnabend mit einer für widersprechenden Einleitung begonnen. Wenn sich die Konferenz in derselben Richtung weiter entwickelt, dann wird sie als eine hoch-

komische Farce enden. Nachdem der holländische Minister des Aeußeren die Eröffnungsrede gehalten und von den Fortschritten des großen Werks und den guten Vorzeichen für den Erfolg der zweiten Konferenz erzählt hatte, nahm in der folgenden ersten Sitzung der russische Vorkonferenz-Relidow das Wort und philosophierte über die Idee des Friedens, die Durchführung humanitärer Maßnahmen, die Segnungen der Zivilisation und sonst allerlei.

Für den „Geist der Humanität“, der die Vertreter der Mächte befecht, ist das folgende Telegramm an den Jaren, der zu gleicher Zeit bekanntlich die Duma auflöste, durchaus charakteristisch:

„Bei Beginn ihrer Arbeiten legt die zweite Friedenskonferenz ihre ehrfurchtvolle Guldigung zu Eurer Majestät nieder und spricht Eurer Majestät ihre tiefe Dankbarkeit aus, daß Sie die Initiative ergriffen haben zur Fortsetzung des im Jahre 1890 begonnenen Werkes. Die Konferenz bittet Eure Majestät, überzeugt zu sein von ihrem aufrichtigen Wunsche, mit Ausbietung aller Kräfte zu arbeiten an der Vervollendung der ebenso delikaten wie schwierigen Aufgabe, die ihr anvertraut wurde.“

Die „antimilitaristische Vereinigung“ von Holland hatte als Antwort auf dieses leere Geschwätz für gestern eine Verammlung als Kundgebung gegen die Friedenskonferenz einberufen. Die Verammlung, der ungefähr 3000 Personen beiwohnten, wurde im Freien abgehalten. Sechs Redner protestierten gegen die Konferenz, unter ihnen Domela Nieuwenhuis, der darauf hinwies, daß die russische Duma am Tage der Eröffnung der Konferenz aufgelöst worden sei. Er sprach gegen die Eröffnungsrede des russischen Bevollmächtigten Relidow und forderte schließlich die Transportarbeiter auf, während eines Krieges in den Ausstand zu treten, um den Transport von Lebensmitteln und Munition zu verhindern. Die Verammlung nahm darauf eine Resolution an, die sich für den Ausstand der in den Transportgebühren beschäftigten Arbeiter aussprach.

Boermann kontra „Simplicissimus“.

Hamburg, 17. Juni. (Telegr. Eigenber.)

Gegen das Urteil des Schöffengerichts vom 6. April hatte der Angeklagte Gubran von „Simplicissimus“ Berufung eingelegt. In der heute vor dem Landgericht Hamburg stattgefundenen Verhandlung wurde der Angeklagte durch Rechtsanwalt Konrad Gauhmann-Stuttgart und Bürgerrechtswirt Dr. Erhardt vertreten. Gauhmann stellte erneut die vom Schöffengericht abgelehnten Anträge, den Erbsprinz Hohenlohe und den Kolonialminister Dernburg betreffs der Uebersetzung des Reiches durch Boermann vernemen zu lassen; ferner den Redakteur Schmidt-Stuttgart, der belunden soll, daß für einen Rostferrtransport eines in Afrika gefallenen Offiziers an Boermann 68 M. bezahlt werden mußten, obwohl der Gesamtwert nur 100 M. betrug. Der Schwiegersohn Boermanns, Rechtsanwalt Hauer, bezeichnete letzteren Antrag als Unlug. Rechtsanwalt Gauhmann erwiderte, Hauer habe den inneren Zusammenhang nicht begriffen. Nach langer Beratung gibt das Gericht den Anträgen, die drei Personen vernemen zu lassen, statt. Die Verhandlung wurde bis auf weiteres ausgesetzt.

Automobil-Todesfahrten.

Die scharfen Kritiken der Presse über das Hertomer-Nennen scheinen, wenn auch nicht im preussischen Ministerium, so doch bei der sächsischen Regierung auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Das amtliche „Dresdener Journal“ veröffentlicht einen Artikel über den Abschluß des Rennens, aus dem hervorzugehen scheint, daß in Sachen derartige Rennen auf öffentlichen Landstraßen nicht mehr geduldet werden sollen. Das Blatt schreibt:

„Wenn nun über die Veranstalter der Fahrt nicht dafür gesorgt haben, daß ihren der Regierung gegenüber abgeordneten Justifizierungen nachgekommen wurde und insbesondere der Führer des an der Spitze fahrenden Oberleitungswagens seine Aufgabe, zunächst selbst die erteilten Vorschriften einzuhalten und damit den übrigen Teilnehmern das richtige Maß der Fahrgeschwindigkeit anzugeben, in keiner Weise erfüllt, vielmehr — wie aus seinem Eintreten in Leipzig bereits gegen 1/10 Uhr vormittags anstatt etwa um 12 Uhr mittags herborgeht — in ganz unverantwortlicher Weise gehandelt hat, so kann dies nicht bloß im Interesse der guten Ordnung des Gemeinwesens und der Sicherheit der gesamten Bevölkerung, sondern auch im Interesse des Automobilwesens selbst nur auf das lebhafteste beklagt werden, und es wird dieser bedauerliche Vorgang notwendigerweise dazu führen, daß in Zukunft — und gewiß nicht nur seitens der sächsischen Regierung — derartigen Veranstaltungen mit großen Mithrauen begegnet wird und solche wesentlich eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr zugelassen werden. Daß unter den vorliegenden Umständen die leider auch in Sachen eingetretene Unglücksfälle nicht einen größeren Umfang angenommen haben, ist nach dem Belagten jedenfalls nicht dem Verhalten der Veranstalter der Fahrt und ihrer Organe, sondern lediglich der Unachtsamkeit und unvorsichtigen Vorfahrt der Behörden und dem musterhaften Verhalten der sächsischen Bevölkerung zu verdanken.“

Offenlich ziehen auch andere Regierungen aus den sogenannten „Anglücksfällen“ bei der Hertomerfahrt die Konsequenzen und verbieten derartige Veranstaltungen, die nicht irgend einen nützlichen Zweck, sondern lediglich der Sportmanie und einer leeren Prahlerei dienen. Jedenfalls gehören diese Rennen nicht auf die öffentlichen Landstraßen. Wollen die Sportler sich mit Stillsitzen-Wettrennen ihre überflüssige Zeit vertreiben, dann mögen sie sich dafür geschlossene Rennbahnen anlegen.

Scherl offiziös dementiert.

Der „Berl. Lokal-Anzeiger“ hatte gemeldet, daß als Nachfolger Studis nur eine Persönlichkeit in Frage komme, die derselben politischen Richtung angehöre wie Herr von Studt. Darauf berichtigt das offiziös Wollfische Bureau:

„Der „Berl. Lok.-Anz.“ meldet, es hätten Besprechungen zwischen Vertretern der maßgebenden Parteien und der leitenden Kreise stattgefunden und das Ergebnis gehabt, daß bei dem in absehbarer Zeit bevorstehenden Eintritt des Kultusministers nur ein Nachfolger in Frage komme, der derselben politischen Richtung angehöre, wie Herr v. Studt. Wir sind ermächtigt, diese Nachricht des „Montag“ für eine Erfindung zu erklären.“

Das Dementi erscheint, wenn man seinen Inhalt in Betracht zieht, recht kurios. Sollte vielleicht die Nachricht des „Lokal-Anzeiger“ im Interesse eines bestimmten hinter den Kulissen intrigierenden Kreises erfolgt sein?

Korruption in einem Infanterie-Regiment. Vor dem Kriegsgericht der 10. Division fanden drei Feldwebel, drei Sergeanten und zwei Unteroffiziere des Infanterie-Regiments von Horn in T r e i e r, des nämlichen Regiments, das sich seinerzeit durch einen Mattentönnig von Soldatenmishandlungsprozessen berühmt gemacht hat. Die damaligen Prozesse waren entstanden durch Anzeigen des Sergeanten Dienefeld, nachdem dieser wegen widernatürlicher Anzucht mit Untergebenen zu Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Dienefeld hatte über alle Soldatenmishandlungen, Missetaten usw. seiner charakteristischen Kollegen genau nach Tag und Stunde und mit Angabe aller Zeugen Buch geführt, und als er im Zuchthaus sich lieierte er alle Schuldsagen ans Messer. Die Folge waren zahlreiche Verurteilungen und einige Vergehungen höherer Offiziere.

Auch der jetzige Prozeß fußt auf Zeugnissen, die während seiner Dienstzeit ein Soldat gemacht hat, um sie schließlich durch einen Kameraden der Regimentsbehörde zu übergeben. Die Beschluldigungen lauten auf Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener, Unterschlagung von Lebensmitteln und

Abgabe falscher Meldungen. Es waren etwa fünfzig Zeugen geladen. Die bürgerliche Presse, soweit sie über den Prozeß berichtet, schweigt das Ergebnis der Beweisaufnahme tot. Der Vertreter der Anklage bezeichnete das Vorgehen der beiden Soldaten als „gemeine Demunziation“. Die Verteidiger beantragten Freisprechung, anderenfalls Verweisung der Sache an das Regiment zur Celebation im Disziplinarverfahren (1). Das Urteil lautete gegen einen Feldwebel auf drei Monate Festung, gegen den zweiten auf sechs Wochen Mittelarrest, gegen den dritten auf sechs Tage gelinden Arrest, gegen zwei Sergeanten auf je sechs Wochen gegen einen Unteroffizier auf zwölf Tage Mittelarrest.

Deutsch-spanisches Handelsprovisorium.

Die Frage, ob nach dem 30. Juni, dem Ablauf des zurzeit zwischen Deutschland und Spanien bestehenden Handelsabkommens, der Zollkrieg zwischen beiden Ländern ausbrechen oder der Vertrag wieder provisorisch verlängert werde, ist entschieden. Wie das „Wollfische Telegr.-Buz.“ aus Madrid meldet, kamen der amtlichen „Epoca“ zufolge Deutschland und Spanien endgültig überein, daß das Handelsabkommen vom 12. Februar 1899 unter denselben Bedingungen in Kraft bleibe wie zu der Zeit, da es aufgelöst wurde.

Soldatenschiebereien.

Der Unteroffizier Josef Lautenschlager des 11. Infanterie-Regiments in Regensburg wurde vom dortigen Kriegsgericht wegen infamer Soldatenschieberei mit zwölf Tagen Mittelarrest „pünktlich“.

In Augsburg warf der Oberleutnant Fürst vom 3. Infanterie-Regiment einem Soldaten das schwere Gewehr mit Wucht auf den Hinterkopf. Der Mann mußte unter furchtbaren Schmerzen vom Plage getragen werden und liegt seitdem im Lazarett. Wie die bürgerliche Presse berichtet, war dieser Offizier längere Zeit bei den deutschen Kolonialtruppen in Afrika, wo er sich „sehr bewährt“ haben soll.

Militärgerichtliches.

Ueber eine mysteriöse Kriegsgerichtsverhandlung berichtet man uns aus Halle a. S.:

Der Unteroffizier Otto Wagner vom Artillerie-Regiment Nr. 73 hier, wurde beschuldigt, am Abend des 15. Mai in der Unteroffizierskneipe den Rekruten Karl mit dem Koppel ins Gesicht geschlagen, ihm eine Ohrfeige verabreicht und ihn mit dem zum Schläge erhobenen Besen zur Stube hinaus getrieben zu haben. Der Rekrut befand sich eilich, in der Weise mißhandelt worden zu sein; er habe sein vom Unteroffizier nicht sauber befeindenes Koppel vorgezogen und sei nach der Mißhandlung Hilfe rufend in die Mannschafstube gelaufen. Mehrere Kanoniere hatten die Hülserufe gehört und sagten ebenfalls unter Eid aus, daß Karl mit Blut am Munde und rotem Gesicht in die Stube gekommen sei und sofort erzähl habe, Unteroffizier Wagner habe ihn geschlagen. Zwei Kanoniere befanden ferner, gesehen zu haben, wie der Unteroffizier bei einer anderen Gelegenheit dem Rekruten eine Ohrfeige verabreicht hat. Wagner bestreitet alles und die beiden wiederholt und energisch vor den Folgen des Meineids verwarnen Unteroffiziere Kebra und Böse, die am Abend des 15. Mai mit Wagner in der Stube gewesen waren, erklärten, Karl sei nicht mißhandelt worden, denn sie hätten es bemerkt haben müssen, wenn Wagner geschlagen hätte.

Der Hauptmann v. Hartwig hielt die Mißhandlungen für unmöglich, da Wagner ein vorzüglicher Unteroffizier sei. Der Verhandlungsführer warf ein, mehrere Zeugen hätten bereits beschworen, daß Wagner geschlagen habe. Der Hauptmann entgegnete, er halte das für eine Angelegenheit der sehr minderwertigen alten Leute und bezeichnet dabei einen Gefreiten als Hämmel. Das Gericht rügte dies, erkannte an, daß gegen Wagner ein erheblicher schwerwiegender Verdacht vorliege, sprach ihn aber mangels ausreichender Beweise frei.

Wenn ein Hauptmann sich nicht einmal im Gerichtsaal beherrschen kann, dann braucht man sich nicht zu wundern über die Töne, die zuweilen auf dem Kasernenhofe angeschlagen werden.

Oesterreich.

Die neue Aera.

Wien, 17. Juni. Der Reichsrat ist heute 11 Uhr vormittags zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen und die Tribünen überfüllt. Die Mitglieder der Regierung betreten im Festkleide kurz nach 11 Uhr den Saal. Ministerpräsident Freiherr v. Beck forderte den Abgeordneten Punkte auf, das Alterspräsident zu übernehmen und die Konstituierung des Hauses einzuleiten. Nachdem der Abgeordnete Punkte den Eid geleistet, übernahm er das Präsidium und hielt eine Ansprache an das Haus, welches er als erstes aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, wahres Volkshaus begrüßte. Die großen an daselbe geknüpften Hoffnungen würden trotz der schweren Aufgaben, die des Hauses harren, in Erfüllung gehen. Wenn sich zu dem im Hause vereinigten gründlichen Wissen und der reichen Erfahrung fruchtbarer Arbeitswilligkeit und Pflichtbewußtsein gesellen werden, dann seien dem Hause dauernde segensreiche Erfolge für den Staat und dessen Völkler gesichert. (Beifall.) Das Haus könne nicht würdiger an der Schwelle des neuen Sessionsabschnittes die Arbeiten beginnen, als indem es des erhabenen Herrschers gedanke, der durch nahezu 60 Jahre mit größter Aufopferung seines schweren Berufes walte, und indem er die Abgeordneten auffordere, ein Hoch auf den Monarchen auszubringen. Die Abgeordneten brachten dreimalige begeisterte Hodeufe aus. (Lebhafte Beifall und Handklopfen.) Nach Ernennung interimistischer Schriftführer und Verlesung der Eidesformel in acht Sprachen leisteten die Abgeordneten nach Namensaufruf den Eid. Der Alterspräsident teilte mit, daß die feierliche Eröffnung des Reichsrates am Mittwoch 19 Uhr mittags stattfinden werde. Daraus wurde die Sitzung bis nächsten Donnerstag vertagt.

Frankreich.

Das zweite Klassenurteil.

Rantes, 16. Juni. Das Schwurgericht fällte gestern in dem Prozesse der Delegierten des Arbeiterbundes Ward und P o e t o t, die der Aufreizung zum Diebstahl und zur Plünderung beschuldigt sind, das Urteil. Ward wurde zu einem Jahr Gefängnis und Poetot zu vier Jahren Gefängnis und 100 Franc Geldbuße verurteilt.

Italien.

In Verona ist, wie uns ein Privattelegramm meldet, Genosse L o d e s h i n i in der Stichwahl mit 2463 gegen 2198 Stimmen gewählt worden! Der Wahlkreis war bisher in den Händen der Radikalen.

Gewerkschaftliches.

Eine neue Organisation.

Im Ruhrrevier gewinnt eine neue Organisation Kraft und Gestalt, die in mancher Hinsicht charakteristisch ist für das Verhältnis zwischen den Grubenprogen und ihren Beamten, ferner aber auch für das Wachsen des sozialistischen Gedankens in den Reihen derer, die uns bisher fast ausschließlich feindlich gegenüberstanden.

Nachdem bereits im April im Essen-Oberhaufener Bezirk Versammlungen tagten zwecks Gründung einer Organisation der Steiger, die übrigens schon eine Maß-

regelung zeitigte, fand am 9. Juni in Gelsenkirchen eine Zusammenkunft statt, die folgende Resolution annahm:

Die am 9. Juni 1907 im Jugendhaus der Saale zu Gelsenkirchen versammelten Steiger des Gelsenkirchener Bezirks sehen in einer geschlossenen Organisation der Steiger den einzigen Erfolg versprechenden Weg, die bestehenden Mängel im Beruf zu beseitigen. Sie erklären sich bereit, dem im Essen-Oberhausen Bezirk gegründeten Steigerverband, eines Bezirksvereins des Deutschen Bergbeamtenbundes, beizutreten und denselben in jeder Weise zu unterstützen.

Eine weitere Versammlung fand am Sonntag in Bochum statt, die äußerst stark besucht war. Der gemäßigteste Steiger Werner Neumann sagte als Referent u. a.:

Die Arbeiter haben seit vielen Jahren erkannt, wie notwendig eine Organisation ist, und auch wir können nicht länger zurückbleiben, wollen wir nicht noch mehr unsere Interessen dem Kapitalismus opfern. Wir wollen dem Druck von oben einen Gegenruck entgegenstellen. Wenn werden die Unternehmer ja unseren Verband nicht sehen, das zeigt das Vorgehen des Grubendirektors von Osterfeld. Um so mehr müssen wir alles daran setzen, auf gesetzlichem Wege unsere wirtschaftlichen Interessen zu vertreten.

In der Diskussion verlangte ein Redner ein Reichsbirgergesetz. Wir vergeben uns nichts, meinte er unter großem Beifall, wenn wir mit den Arbeitern in dieser Hinsicht Hand in Hand gehen. Von dem preussischen Landtag haben wir in seiner heutigen Zusammensetzung nichts zu erwarten, als eine Vertretung unserer Interessen. „Deshalb müssen wir an den Reichstag gehen!“ Er verlangte ferner für die Steiger Sitz und Stimme in den zu errichtenden Arbeitskammern; Erziehung von obligatorischen Beamtenauschüssen. Sodann erörterte er die direkten wirtschaftlichen Forderungen, die die Steiger erheben. Vor allen Dingen müsse der neue Verband eine Kampforganisation sein, selbst auf die Gefahr hin, von den Grubenmagnaten ebenso rücksichtslos bekämpft zu werden, wie die Arbeiterorganisationen!

Wenn wir auch nicht so naiv sind, anzunehmen, daß die Steiger nun mit einem Male durch eine entschieden gewerkschaftliche Agitation das Solidaritätsgefühl wecken und stärken und von den bisherigen Scheuklappen vollständig befreit, den Kampf gegen das Grubenkapital entschieden aufnehmen, das ist jedenfalls sicher, der neue Geist, der hier zum Durchbruch gekommen ist, die Mittel des Kapitalismus werden ihn nicht wieder totschlagen können. Ein schwerer Kampf steht den Steigern bevor, um so ehrenvoller für sie, daß sie ihn wagen. Die Kraft, die zu dem Wagnis treibt, ist aber auch die Garantie des endlichen Sieges. Den Steigern zu ihrem Erwachen: Glück auf!

Berlin und Umgegend.

Vom Väterbrot.

Feige Trabanten versenden folgenden auf der Schreibmaschine vervielfältigten Spiegel unumschränkter Denk- und Anstandsweise:

An den wortbrüchigen Schurken, den Väter „Halunke“.

Sie haben, entgegen Ereu und Glauben im selbständigen Gewerbe die frivolen und unberechtigten Forderungen der arbeitsscheuen Gesellen anerkannt, und sich damit außerhalb der ehrenhaften menschlichen Gesellschaft gestellt. Der Streik der arbeitsscheuen Väter war nach dem eigenen Geständnis der bezahlten Schieber Schneider und Heßhold doch nur unternommen, um den sozialdemokratischen Vätern, welche am Ende ihres Lateins standen, neue Kunden zu verschaffen, was denselben auch durch Ihre Verblendung mit gelungen ist. Aber nicht allein das! Durch Ihre ehrlose Handlung haben Sie die Anstaltsbestrebungen der Sozialdemokraten gefördert, die nach den bekannten Ausführungen der Oberkammer das Mittel- und Kleingewerbe vernichten wollen. Gaben Sie denn ein Brett vor dem Kopf? — Sie müssen sofort die Bewilligung zurückziehen, anderenfalls Sie die Folgen Ihres Treubruchs schon in den nächsten Wochen von anderer Seite verspüren werden.

Ich habe keine Veranlassung mit „Achtungsvoll“ zu zeichnen. Ein Vätermeister.

Mit dergleichen Gesindel müssen die Gesellen sich herum-schlagen. Wo solche Beweise der Rücksichtslosigkeit ihrer Gegner vorliegen, wie im vorliegenden Falle durch die Schimpf-Droh-Epistel, da brauchen die Gesellen nicht noch weitere Nachweise der Rechtfertigung ihres Vorgehens zu erbringen.

Lithographen, Steindrucker! Bei der Firma W. Hugelberg ist ein Konflikt ausgebrochen; 82 Steindrucker haben am 15. Juni ihre Kündigung eingereicht. Kollegen, übt Solidarität!

Achtung, Schuhmacher! Die Sperre über die Firma Stiller ist für alle Geschäfte aufgehoben.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! Die Kollegen der Firma Conrad in Weihensee haben wegen erheblicher Abzüge die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt.

Desgleichen der Betrieb der Firmen Hennig und Marggraf für Holzleger und für Kernmacher die Glaseri C. H. P. O. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Saarabien.

Vor wenigen Jahren noch wagte es kein saarabischer Lohnsklave einen gewerkschaftlichen Agitator auch nur anzusehen, geschweige denn, mit ihm über saarabische Arbeitsverhältnisse zu reden. Damals bestand die Unterhaltung der Saarproleten in den Wirtschaftshäusern nur in Kartenpielen und Erzählungen von Anekdoten aus der Militärszeit. Heute wird die freie Zeit aber in Besprechungen und Versammlungen ausgenutzt, wo über Arbeiterfragen, Sozialistenrecht, Politik und dergleichen gesprochen wird. Der saarabische Prolet hat begriffen, daß durch die Organisation das entehrende, schmachvolle Bevormundungssystem gebrochen werden kann. Selbst Forderungen hat der saarabische Vergleiche schon gestellt, was früher allerdings als Verbrechen angesehen und auch als solches geahndet worden wäre. Ja, noch mehr: auf den fiskalischen Musterbetrieben fanden in letzter Zeit einige kleinere Arbeitsniederlegungen statt und leicht hätte der glimmende Funke die Explosion hervorrufen können. Der christliche Gewerbeverein — diese Organisation kommt leider noch hauptsächlich in Frage — der doch immer vorgibt, die Interessen der Arbeiter energisch und nur allein zu vertreten, hätte die Forderungen, die er der fiskalischen Grubenverwaltung unterbreitete, leicht durchdrücken können. Statt aber die günstige Gelegenheit wahrzunehmen, wählte man den besseren Teil der Tapferkeit, man überließ die streikenden jungen Leute einfach ihrem Schicksal, ja man ging noch weiter, man setzte alles daran, die Streikenden zu überreden, bedingungslos in das alte Joch zurückzukehren. Und mit solcher gewerkschaftlichen Arbeit hatte man Erfolg. Aber was wollte der Gewerbeverein auch sonst tun? Ein allgemeiner Saarbergarbeiterstreik kostet Geld, viel Geld, und beim Gewerbeverein herrscht der Dollar. Gätten die Christen größere Summen an Unterstühtungen zahlen müssen, dann müßten

sie gleichzeitig auch Konkurs anmelden, die Streikenden aber hätten aus Mangel an Mitteln den Kampf aufgeben müssen, was wiederum große Erbitterung hervorgerufen hätte und die Christen konnten ihr Bündel schnüren. Welche Freude muß doch die Vergewaltigung an einem solch „kampfeslustigen, kapitalkräftigen“ Gegner haben, welcher Forderung auf Forderung stellt, bei der Stellung aber auch sofort auf deren Erfüllung verzichtet. Der wahre Grund, warum die Christen beider Schattierungen sich so warm der Vergleute anzunehmen vorgehen, ist schlotternde Angst vor dem Bergarbeiterverband und der Sozialdemokratie. Dies bestätigt in einer der letzten Nummern der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ Herr Pastor Dr. Koyer. Er schreibt:

„Ich habe den großen Streik von 1892/93 im Saarrevier miterlebt und die vorausgehende erregte Zeit, als die Sozialdemokratie die Führer der Saarvergleute beherrschte und den Streik vorbereitete. Seit dieser Zeit habe ich nur eine Befürchtung bezüglich unserer Vergleute: es könne durch die Unbesonnenheit leidenschaftlicher Führer, durch die Engherzigkeit mancher Vorgesetzten und durch die Inaktivität der Geistlichen beider Konfessionen wieder einmal soweit kommen, daß die Massen auf die Stimme der Sozialdemokratie hören und ihr folgen.“

Aus diesen Zeilen geht klipp und klar hervor, aus welchen Motiven diese „Aucharbeiterorganisationen“ ins Leben gerufen wurden. Dabei waren die Führer des einstigen Rechtshubvereins nicht einmal Sozialdemokraten. Aber alle Quertreiberverbände, mögen sie sich nun „christlich“, „katholisch“ oder auch „christlich-national“ nennen, haben nicht vermocht, den Fortschritt der freien Verbände und der Sozialdemokratie einzudämmen, im Gegenteil, durch die verwerfliche Zersplitterungsarbeit ist auch dem saarabischen Proleten der Star gestochen worden, er ist nun zur Erkenntnis gelangt, daß sein Heil einzig und allein bei den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sein kann. Kurzum, mit der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung im Saargebiet kann man angesichts der wenigen agitatorischen Kräfte und der außerordentlich schwierigen Verhältnisse voll und ganz zufrieden sein. Und die Zukunft wird lehren, daß das ziel- und klassenbewußte Proletariat auch die größten Hindernisse zu überwinden versteht.

Die Frage der Verschmelzung des Verbandes der Dachdecker mit dem der Maurer beschäftigte den am Sonntag in Leipzig abgehaltenen Gantag des Hauses Sachsen I vom Dachdecker-Verbande. Nach lebhafter Debatte wurde eine von der Fiskale Leipzig eingebrachte Resolution angenommen, die die Notwendigkeit der Verschmelzung betonte und den nächsten Verbandstag in Rammheim 1908 ersucht, die nötigen Schritte zu einer Urabstimmung über diese Frage im Verband herbeizuführen.

Ausgesperrt wurden die Bauarbeiter bei dem großen Gefängnisbau in Eichach (Oberbayern). Auf dem Bau wurden Kinder im Alter von 13 bis 16 Jahren und schwangere Frauen zum Tagelohn von 1 M. beschäftigt. Die Bauarbeiter forderten die letzten Tage nun einen Stundenlohn von 35 Pf.; daraufhin wurden sie kurzerhand ausgesperrt.

Magdeburg. Die Schmiede der Fuhrgeschäfte (Innungsbetriebe) haben gestern (Montag) die Arbeit niedergelegt. Keine Streikbrecher liefern!

Zum beendigten Kampfe in der Metallindustrie im Saingebiet.

Die ausgesperrten und streikenden Metallarbeiter in Frankfurt a. M. haben beim Friedensschluß noch ganz günstige Erfolge errungen. Am Sonnabend fanden zwischen den verschiedenen Firmen und Vertretern der Arbeiter und des Metallarbeiterverbandes Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit statt. Das Resultat derselben ist, daß in mehreren Betrieben Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt wurden. So ist die Arbeitszeit bei den Lohmeyer-Werken von 10 auf 9 1/2 Stunden pro Tag, bei den Adlerwerken wöchentlich um 1/2 Stunden (auf 57 Stunden) reduziert. Von den Arbeitern wurde u. a. die Bedingung gestellt, daß die Arbeitsaufnahme sich einheitlich gestalten. Wahregelungen dürften nicht vorkommen. Die Unternehmer stimmten dem zu. Auch wird in verschiedenen Betrieben eine Lohnregulierung vorgenommen werden.

So haben nun die von der Aussperrung betroffenen Arbeiter dieselben Zugeständnisse erhalten, wie ihre Offenbacher Kollegen, d. h. soweit sie nicht schon vor dem Streik die 9 1/2 stündige Arbeitszeit usw. errungen hatten.

Die Polizei hat ihre „Tätigkeit“ bei dem Streik respektive bei der Aussperrung teilweise eingestellt. Das Frankfurter Amtsblatt berichtete am Sonnabend die Meldung, daß die beim Metallarbeiterausstand nach Offenbach entlassenen Kriminalbeamten zurückgekehrt seien. Die „um etwaige Ausschreitungen zu verhüten“ bei den Adlerfabrikwerken patrouillierenden Kriminalhauptleute müßten vorläufig noch auf ihrem Posten bleiben. Da bisher trotz Polizei alles ruhig verlaufen ist, darf man erwarten, daß auch die letzte Zeit der Parzeinnahme gegen die Arbeiter ohne Aufbörderung verläuft.

Ausland.

Die Streibewegung in Rußland.

Mit besonderer Heftigkeit tritt die Streibewegung unter den Handwerklern zutage; hauptsächlich ist es der Kampf um die Aufrechterhaltung der während der vorhergehenden Streibewegung erzwungenen Arbeitsbedingungen, welche jetzt neue heftige Streiks ins Leben rufen.

In der Textilindustrie macht sich insbesondere in der Petersburger Textilindustrie eine starke Gärung bemerkbar. Auf einigen großen Fabriken sind schon Streiks ausgebrochen. Die Stimmung der Textilarbeiter ist deartig erregt, daß ein allgemeiner Streik auf allen Fabriken möglich ist. Diese Möglichkeit wurde mehrfach auf den Delegiertenversammlungen des Verbandes hervorgehoben.

Die Streibewegung wächst nicht nur in Petersburg allein, sondern auch überall in der Provinz. Besonders regt sich die Bewegung unter den Hilfsarbeitern, Bäckern, Weberarbeitern, sowie unter den Angestellten der städtischen Pferdebahnen. Nach Beendigung des Schifferausstandes im Kaspijgebiet wächst die Bewegung unter den Arbeitern der Restwerke in Kaspij. In den südlichen und südwestlichen Gouvernements macht sich eine rege Streibewegung unter den ländlichen Arbeitern bemerkbar; diese Bewegung tritt jetzt zwar nur sporadisch zutage und hat bisher noch keinen großen Umfang angenommen, es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie auch in diesem Jahre sehr heftig werden wird, denn abgesehen von der aggressiven Haltung der Gutbesitzer, welche neue Streiks zur Aufrechterhaltung der in den Vorjahren erlassenen günstigen Arbeitsbedingungen hervorrufen wird, wird die allgemeine Gärung unter der Bauernschaft die Streibewegung der Landarbeiter nähren und fördern. — Eine starke Bewegung steht unter den Wolgaischiffarbeitern zu erwarten. In einigen Orten sind schon Streiks unter ihnen ausgebrochen, welche dank der Rücksichtigkeit der Unternehmer bald erledigt wurden. So streikten in Rybinsk die Hafenarbeiter, die vorjährigen Arbeitsbedingungen forderten. Das Vorkommnisse befriedigte nothgedrungen diese Forderungen.

Besonders charakteristisch für die jetzige Streibewegung ist der Umstand, daß sie im Vergleich mit den vorhergehenden ar Arbeit und diese zugenommen und solche Zweige der Lohnarbeit ergriffen hat, welche bisher von keiner organisierten Bewegung berührt worden waren. So wird der „Ruhf. Slono“ aus Jurjewez berichtet, daß die Holzstößer an der Mündung der Weida in den Streik getreten sind, nachdem sie eine ungeheure Anzahl von Fischen an dieser Stelle zusammengetrieben ließen.

Kassperrung der Handschuhmacher in Prag. Im Mai d. J. lief der Kollektivvertrag ab, durch den der Lohn der Handschuhmacher geregelt war. Die Vertreter der Arbeiterschaft schlugen einen neuen Vertrag vor, der aber von den Fabrikanten nicht angenommen wurde, weil er bedeutende Lohnüberhöhung vorsieht. Die Fabrikanten antworteten darauf mit einer Kundmachung, daß wenn bis zum 15. Juni der von ihnen diktierte Vertrag nicht angenommen wird, alle Arbeiter aufs Pfahler geworfen werden.

Eingegangene Druckschriften.

Die Erkenntnis Gottes durch die Natur. Von A. Franz. Preis 60 Pf. Verlag G. Neuer (W. Frior), Hannover.
Die Naturgeschichte der Moral und die Ethik des Denkens. Von Dr. A. Kamm. 243 Seiten. Verlag W. Braumüller, Wien.
Erster Jahresbericht des Archivsekretariats Kottbus-Spremberg vom 1. März 1906 bis 31. Dezember 1906. 44 Seiten. Selbstverlag, Kottbus, Burgstr. 29.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus den Kolonien.

Berlin, 17. Juni. (B. Z. B.) Simon Kopper-Deute von Gochas töteten am 5. Juni bei Daberas den Farmer Duncun, wahrscheinlich aus Rache für seine den deutschen Truppen während des Krieges geleisteten Dienste. Die Mörder trieben Ochsen in die Kalahari und konnten nicht mehr eingeholt werden.

Demokraten konservativ-liberaler Paarung.

Dresden, 17. Juni. Ein großes Heil ist einer Anzahl Redakteure und Journalisten widerfahren. Sie sind vom König von Sachsen in Audienz empfangen worden. Wie sich die Geschichte machte, wird recht wirkungsvoll durch das Bureau Herold berichtet. Es heißt da u. a.:

„Der König kam dann auf die Tendenz der „Dresdener Neuesten Nachrichten“ zu sprechen und meinte: „Sie legen wohl den meisten Wert auf die Sammlung der neuesten Nachrichten; eine eigentliche Parteistellung haben Sie wohl nicht?“ Auf die Entgegnung, daß die „Dresd. N. Nachr.“ zwar kein Parteiblatt seien, aber doch eine ausgesprochene politische Richtung hätten, sagte der König: „Was ist denn eigentlich Ihre Tendenz?“ Herr Chefredakteur Wolff antwortete: „Am besten läßt sie sich wohl als national-demokratisch bezeichnen.“ Der König fragte lächelnd: „Wie läßt sich diese Richtung definieren?“ Herr Wolff erwiderte: „Majestät, wir sind monarchisch bis in die Knochen.“ — darauf der König ihm ins Wort fallend: „Aber auch demokratisch bis in die Knochen?“ — „Jawohl, Majestät!“ — Der König nahm auch diese Antwort mit freundlichem Lächeln auf. „Na aber vor allem wollen Sie doch immer das Neueste bringen?“, worauf Herr Wolff erwiderte: „Majestät, wir wollen vor allem eine gute Zeitung machen.“

Als dem König der Chefredakteur Volkraath vorgestellt wurde, fragte der König auch diesen Herrn nach der Richtung seines Blattes, die Herr Volkraath als entschieden liberal bezeichnete. Der König fragte: „Aber Sie sind doch gemäßigter?“, worauf Herr Volkraath erwiderte: „Wie es die Situation erfordert, Majestät!“ Auch diese Antwort nahm der König freundlich lächelnd an.

Das Lächeln des Königs beweist, daß er seine Pappenheimer kennt. Wie schön macht sich auch die entschieden gemäßigte liberal-monarchische Demokratie.

Der vierte Genossenschaftstag.

Düsseldorf, 17. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute abend 8 Uhr wurde hier der vierte Genossenschaftstag eröffnet. Es sind 250 Genossenschaften durch 500 Delegierte vertreten. Den Beratungen wohnten Gäste aus Dänemark, England, Frankreich, Holland, Oesterreich, Schweiz, Schweden, Schottland und Finnland bei. Nach der Vorstandswahl erfolgten eine Reihe Begrüßungsansprachen.

Resolvententat eines Irren.

Sabze, 17. Juni. (B. Z. B.) Auf den Berggrat Fiebig wurde heute nachmittag im Zentralbureau der Königin Luisestraße ein Mordanschlag verübt. Der frühere Obersteiger Philipp, Detachement der Wrochüre „Der oberschlesische Jola“, feuerte zwei Revolverkugeln auf Fiebig und verletzte ihn am Oberarm und an der Schulter. Es handelt sich anscheinend um die Tat eines Irren sinnigen. Philipp wurde verhaftet.

Ausgehobene Falschmünzwerkstätte.

München, 17. Juni. (B. Z. B.) Eine Falschmünzwerkstätte wurde hier in einem Hause in der Oststraße entdeckt, wo fünf- und zweimarkstücke verfertigt wurden. Die Polizei fand eine große Menge Formen zum Herstellen von falschen Münzen. Ein zwanzigjähriger Kupferschmied und ein Monteur wurden als bez Tat verdächtig verhaftet.

Der Friede auf Bajonette geküßt.

Haag, 17. Juni. (B. Z. B.) Von den Delegierten der Friedenskonferenz wurde die Auflösung der Duma allgemein besprochen. Die allgemeine Ansicht ist die, daß für Rußland schwere Tage kommen werden, falls sich die Regierung nicht auf die Armee und die Marine verlassen könne.

Abgestürzt.

Graz, 17. Juni. (B. Z. B.) Auf dem Hochturm sind gestern zwei Touristen, Kamnig und Sternberg, nebst zwei in ihrer Begleitung befindlichen Damen abgestürzt. Die beiden ersteren sind schwer verwundet, während die Damen leichtere Verletzungen davontrugen.

Bergarbeiterstreik.

Hänflich, 17. Juni. (B. Z. B.) In den Kohlenbergwerken der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft trat heute früh der größte Teil der Arbeiter in den Ausstand. Die Streikenden, deren Zahl 2500 beträgt, fordern eine beträchtliche Lohnerhöhung.

Eine Demission.

Paris, 17. Juni. (B. Z. B.) Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, der Deputierter für Rochonne ist, hat an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesem mitteilt, daß er von seinem Amte als Unterstaatssekretär zurücktrete, weil die Ereignisse, deren Schauplatz sein Wahlkreis gegenwärtig sei, ihm nicht erlaubten, seine Mitarbeit an der Regierung fortzusetzen und ihn der Möglichkeit beraubten, die Sache derer, die ihn als ihren Adoptivsohn angenommen hätten, im Schoße der Regierung zu verteidigen.

Der Vork als Gärtner.

Rom, 17. Juni. (B. Z. B.) Infolge der Enthüllungen der „Italia“, daß viele Richter in Venua gemeinsame Sache mit betrügerischen Börsenmaklern machten, beauftragte der Justizminister den Generalprokurator von Venedig mit einer Enquete, der zufolge schon ein Richter dem römischen Kassationshof übergeben worden ist.

Strafverfahren gegen die Winger.

Paris, 17. Juni. (B. Z. B.) Der heutige Ministerrat hat die Eröffnung des Strafverfahrens gegen die Führer der Wingerbewegung in Südfrankreich beschlossen. Die entsprechenden Anweisungen sind den Gerichtsbehörden sofort telegraphisch zugegangen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Polizei in Aktion.

Dah die Polizei, im Hochgefühl des Ruhmes, den sie im Kampfe gegen die Bäckerplakate erworben hat...

Allem Anschein nach wird aber diesmal gezeigt werden, daß durch polizeiliche Maßnahmen nicht nur das Recht des Streikpostenstehens...

Von den vielen Fällen polizeilichen Eingreifens in den Kampf sei folgender als charakteristisch mitgeteilt. Er bekräftigt die Annahme, daß generell die Anweisung ergangen ist...

Auch diesem Begehren wurde nachgegeben. Der Arbeiter ging seiner Wohnung zu. Unterwegs sprach er bei seinem Schuhmacher vor wegen einer Schuhreparatur...

Beide Leute wurden auf der Wache festgehalten, obwohl der eine dem Beamten mitteilte, daß er um 4 Uhr zu den Elektrizitätswerken wollte...

Da sage noch jemand, wir lebten nicht in einem — Polizeistaat.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in den „Industrieallen“ eine allgemeine Mitgliederversammlung ab, in der Theodor Fischer über den Stand der Lohnbewegung berichtete.

Der Medner sprach ferner über die Taktik in Hinsicht auf die Affordmatur und führt aus, daß es nach dem am 6. Juni gefassten Beschluß zu übereilten Arbeitsniederlegungen gekommen sei...

Am die Solidarität den Mauern und Bauarbeitern gegenüber in geregelte Bahnen zu lenken und um den Kampf gegen die verräterischen Elemente in der gegenwärtigen Lohnbewegung erfolgreich zu gestalten...

Nach einer recht regen Debatte wurde diese Resolution gegen eine starke Widerheit angenommen.

Dringender staatlicher Schutz den ruhigen, zufriedenen und arbeitswilligen Arbeitern.

Dieser Grundsatz ist in einem Urteil gegen ein „anders geartetes Element“ aufgestellt, das jetzt das Kammergericht als Revisioninstanz beschäftigt.

Färberei, also in einem ganz anderen Betriebe, und zwar nicht als Färber, sondern an einer Maschine in der Seidenabteilung. In der Spindlerschen Fabrik hatten die Färber einige Zeit vor dem 2. Mai die Arbeit eingestellt...

Gegen dies Urteil, das die Politik in den Gerichtssaal hineinträgt und wegen seiner Offenheit einen Einblick in die Psychologie unserer Justiz gewährt, wurde Revision eingelegt.

Das Kammergericht verwarf die Revision. Es führte aus: § 153 der Gewerbeordnung sei ohne Rechtsirrtum angewendet. Das Bestreben sei dahin gegangen, den bei den Färbern begonnenen Streik auf andere Branchen zu übertragen.

Der Maifeierprozeß der Amerika-Linie vor dem Hamburger Landgericht.

Der von der großen Weltlinie gegen 143 Schauerleute angestregte Maifeierprozeß ist auch vor dem Landgericht Hamburg, Zivilkammer III, zugunsten der Klägerin entschieden worden.

Klägerin hätte dies zwecks Abwehr künftiger Maifeiern und anderer Arbeitsniederlegungen nicht tun können, weil dann die plöbliche Arbeitsniederlegung ungeschädlich geblieben wäre.

Gegen das Urteil des Gewerbegerichts legten 81 Beklagte Berufung beim Landgericht ein. Da es der Amerika-Linie nur um die „Wahrung des Prinzips“ zu tun war, hatte sie vor dem Gewerbegericht ihre Ansprüche von über 80 M. auf 18 M. gegen jeden Beklagten ermäßigt.

Dann fährt das Landgericht begründend u. a. aus: „Daß das Gewerbegericht aber jeden Beklagten zur Zahlung von 18 M. mit vollem Recht verurteilt hat, ist dem Berufungsgericht ohne weiteres klar.“

Angenommen, aber nicht zugegeben, wie dies von den Arbeitern entschieden in Abrede gestellt wird, es wäre in 22 Stunden „nur“ 12 Stunden gearbeitet worden, so fehlt diese den Spuren des Gewerbegerichts folgende Instanz bei den Arbeitern eine Uebermenschennatur voraus.

Uebrigens wie stünde es mit der Zumutung einer 35stündigen Arbeitszeit an die Richter? Die Herren Richter, Geschworene und Schöffen haben allerdings einen Schuhparagrafen: wenn sie der Verhandlung — ganz gleich von welcher Dauer — nicht mehr zu folgen vermögen, dann wird eben „Schick“ gemacht.

Aus der Partei.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Es sind mir anlässlich meines 70. Geburtstages so viele Beweise von Anerkennung und Sympathie zugegangen, die mir diesen Tag im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Jubeltage gemacht haben.

In die hantelische Freiheit zurückgekehrt ist am Sonntag Genossin Zieh, deren Reden über den Wahlrechtsraub als „Aufreizung zum Massenhaß“ ausgelegt und mit drei Monaten Gefängnis bewertet wurden.

Das bekannte Frankfurter Nachspiel zur Reichstagswahl, in das auch Herr Wilow durch die Leichtfertigkeit seiner Informanten verwickelt war, sollte am Samstag vor der Frankfurter Strafkammer in der Berufungsinstanz zur Verhandlung kommen.

gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Welchen Blättern hat Genosse Dittmann feinerzeit eine Verächtung zugehandelt, die sie aber nicht im geringsten veranlaßt, ihrerseits auch nur mit einem Worte zuzugeden, daß sie ohne jeden Grund jemand schwer beleidigt hätten. Auch nach der Verurteilung der „Frankfurter Zeitung“ und Willoß moralisch erzwingendem Rückzuge haben sie das nicht für nötig gehalten. Sie dürfen nimmehr wohl durch die Gerichte dahin belehrt werden, daß auch in der „liberalen Aera“ Sozialdemokraten noch nicht gänzlich vogelfrei sind.

Soziales.

Gegen die Besteuerung der Konsumvereine

machen auch die christlichen Arbeiter mobil. Die ungerechte und mit dem Reichrecht unvereinbare Besteuerung der Konsumvereine haben die Konsumvereine neben den Konserbaitiven dem Zentrum zu verdanken, also derjenigen Partei, zu der die christlichen Arbeiter als der wahren Vertreterin der Arbeiterinteressen aufschauen. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ weist hin auf die Gefahr der Ausnahmesteuerung der Konsumvereine und stellt mit Bedauern fest, daß „unsere Zentrumspartei“ die Hand dazu bietet, an diesen Unrecht mitzuwirken. „Wann wird diese konsumvereinsfeindliche Steuerpolitik endlich einmal aufhören?“ fragt das Blatt und es schließt: „Mögen unsere Abgeordneten nicht achtlos die Kundgebungen der Arbeiter in den Wind schlagen, manche ahnen nicht, welche Erbitterung es in Arbeiterkreisen erzeugt, wenn man sieht, daß mit zweierlei Maß gemessen wird.“

Auch in Versammlungen haben katholische Arbeiter gegen die Konsumvereinsbesteuerung protestiert, so der im April abgehaltene Vertretertag der katholischen Arbeitervereine des Saehener Bezirkes, ferner eine Versammlung christlicher Arbeiter in Rheinhdt, die eine Resolution faßte mit dem Schlusssatz: „Gegen ein an den Mitgliedern der Arbeitergenossenschaften begangenes Steuerunrecht protestiert die Versammlung mit aller Entschiedenheit; sie will den Grundsat: Gleiches Recht für alle! anerkannt wissen.“

Daß die katholischen Arbeitervereine das jetzt einsehen ist recht nett. Nur hätten sie dann sozialdemokratisch, nicht für das Zentrum wählen sollen.

Rechtsburgische Armenschulen.

Vollschulen in der Bedeutung von Armenschulen, auch Frei- und Unterricht genannt gibt's, schreibt die Korrespondenz des deutschen Lehrervereins „jezt wohl kaum noch anderswo als in Rechtsburg. Gründe für diese Einrichtungen sind wohlfeil wie Brombeeren. Den Eltern fehlen die Mittel, das Schulgeld der Bürgerkinder und die nötigen Lehrmittel zu bezahlen; deshalb haben die Kinder auf Bürgerkinderbildung keinen Anspruch. Die Eltern bedürfen der Kinder zeitweilig zum Mitverbleiben, lassen ihnen infolgedessen nicht die Zeit zum ausgedehnten Schulbesuch und zur Anfertigung der Schularbeiten. Die Kinder der Arbeiterkreise sind in der Entwicklung zurückgeblieben. Und als letzter, schwerwiegendster Grund: Kinder armer Leute bedürfen einer besseren Schulbildung nicht. Daß diese Gründe nur Scheingründe sind und durch Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit, soziale Fürsorge und so weiter leicht beseitigt werden könnten, will man nicht einsehen. Deshalb Armenschulen um jeden Preis! Während die Bürgerkinder der Kleinstädte sechsstufig sind, sind die Armenschulen drei-, zwei- und sogar einstufig. Zwar schrieb Schulrat Meyer-Schwerin schon 1883: „Wie die Armut in Unwissenheit und Unfähigkeit nicht selten begründet ist, so wird sie damit verbunden am gefährlichsten. Und wahr bleibt doch: Bessere Zeiten kommen durch bessere Menschen, und diese werden es durch besseren Unterricht und bessere Erziehung.“ Aber es gibt unter den Nachbarn in den Städten immer noch gar zu viele, die nicht daran denken, daß die Armen sozusagen auch Menschen sind und die in ihrer Kurzsichtigkeit und Verblendung die Gefahr nicht sehen, die in der Volkverderbung, in der künstlichen Abtöndung der Volkbildung liegt.

Die zunehmende Proletarisierung des Wirtestandes

durch die auch in der Branndindustrie besonders stark auftretende Konzentration des Kapitals spielte auf dem Bayerischen Gastwirtsstag in Würzburg einen Gegenstand reger Diskussion. Wie von allen Rednern dargetan wurde, hat der Existenzkampf der Wirte infolge der Brauereikonkurrenz, der Fusionen usw. schreckliche Formen angenommen, so daß die Wirte bald nichts weiter als Angeheulte der Brauereien sein werden. In Bayern sind nicht nur die Großbrauereien in Kartellen zusammengeschlossen, sondern auch die kleinen Betriebe haben den Zusammenschluß schon zu einem großen Teil durchgeföhrt. Infolgedessen wird der Wirt immer mehr zum Spielball der Brauereien. Die Versammlung faßte eine Resolution, in der sie erklärt, daß sie in den Brauereikartellen, Ringen und Kundenkassenverbänden das Wirtegewerbe schwer schädigende Bestrebungen erblickt, weil sie lediglich ein Verhültnis seien, durch willkürliche, einseitige Bestimmungen auf Kosten der Wirte die durch ein wirtschaftliches Konkurrenzgeboren der Brauereien geschaffenen Folgen zu beseitigen und die Vertragsfreiheit und Preisfreiheit des einzelnen Wirtes zu unterbinden. Von den Brauereikartellen wird gefordert Anerkennung und Zugehörigkeit der Wirtekorporationen bei Abschluß der Kartellverträge, von der Gesetzgebung wird verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen dahin geändert werden, daß sie auch dem Wirte als dem wirtschaftlich schwächeren Kontrahenten gerecht werden und den Stand der heutigen Brauereikartellbesitzer berücksichtigen. Die Kartellpolitik der Brauereien, soweit sie zum Schaden des Wirtegewerbes führt, soll mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden, und zu diesem Behufe will man sich nach Kräften bemühen, alle Wirte in ihren Organisationen zu vereinigen.

Mit der Abhilfe der Dienstbotennot

befasste sich eine „Hausfrauenversammlung“ in Würzburg. Die Damen meinten, an der Dienstbotennot sei der Umstand schuld, daß die jungen Mädchen von den hauswirtschaftlichen Arbeiten nichts verständen. Sie beschloßen deshalb, an den Magistrat eine Eingabe zu richten, in der er erjudet wird, für die Mädchen das achte Schuljahr mit hauswirtschaftlichem Unterricht obligatorisch einzuföhren. Wegen eine Verwirklichung des Beschlusses dürften auch von unterm Standpunkte Einwendungen kaum zu erheben sein. Aber der Dienstbotennot würde dadurch nicht abgeholfen sein. Dazu müßten die „Hausfrauen“, die sich ihre Hausfrauenarbeiten von anderen machen lassen, die Dienstboten besser bezahlen und sich daran gewöhnen, in ihnen gleichberechtigte Menschen zu sehen und auf Aufhebung der Horigkeitsordnungen, genannt Befehlsordnungen, zu dringen.

Eine kassierte Gewerbegerichtswahl.

Die Ungültigkeitserklärung einer Gewerbegerichtswahl in vollem Ansfange ist in Ingolstadt erfolgt. Dort hatten bei der Gewerbegerichtswahl die Christlichen über die freien Gewerkschaften „gesiegt“ unter Zuhilfenahme der ungeschwerlichen Maschinenfabriken, die selbst der oberbayerischen Kreisregierung zu toll waren, so daß sie, auf den Protest des Ingolstädter Gewerkschaftskartells hin, die Wahl annullierte.

Siggelegenheit auf der Zuckerdose.

Eine Konfliktverhandlung in Halle a. S. war vor dem Schöffengericht angeklagt, weil sie für eine Verkäuferin im Laden nicht für ausreichende Siggelegenheit gefordert haben soll. Sie beantragte, durch Zuaugenscheinnahme sich von der Hinfälligkeit der Anlage zu überzeugen und ließ eine große leere Zuckerdose in den Gerichtssaal schaffen. Eine Verkäuferin „sah Probe“. Das Gericht — erachtete die Siggelegenheit für Ausfallszwecke als ausreichend und sprach die Händlerin frei.

Prämien für Rassenbeträger?

Ein Steinbruchbesitzer und Tischbännternehmer aus Heerdt bei Düsseldorf hatte die bei ihm beschäftigten Pfisterer nicht zur Krankenkasse angemeldet und keine Beiträge für dieselben gezahlt.

Dieser seiner Arbeiter waren erkrankt und hatte die in Betracht kommende Ortskrankenkasse mehrere hundert Mark Unterföhungen an die Erkrankten auszahlen müssen. Alle Mahnungen und Pfändungen bei dem Unternehmer waren fruchtlos, weil die Frau Besizerin des Vermögens ist. Endlich erstattete der Vorstand der Kasse Anzeige. Vor dem Schöffengericht in Düsseldorf machte der Angeklagte geltend, die Versicherung der Arbeiter wäre Sache seiner Potiere und Vorarbeiter, er mache in vielen Städten Pfistererarbeiten und könne sich um die Dinge nicht kümmern. Das Gericht kam zu einem — Freispruch. Begründet wurde das Urteil damit, es habe nicht in der Absicht des Angeklagten gelegen, sich durch Zurückbehaltung der Krankenkassenbeiträge einen Vermögensvorteil zu verschaffen.

Wodurch werden Baumfälle herbeigeföhrt?

In Nr. 4 des „Grundstein“ vom 27. Januar 1906 wurde die mangelhafte Baukontrolle in Quer und der dadurch hervorgerufene Baumfall eines Dachdeckers einer etwas ironischen Kritik unterzogen, durch die sich der Amtmann de la Chevallerie beleidigt fühlte und gegen den Verantworlichen vom „Grundstein“, August Winnig — Hamburg, Strafantrag stellte. Die Angelegenheit gelangte am Sonnabendnachmittag vor der vierten Strafkammer des Hamburger Landgerichts zur Verhandlung. An den Bericht über den Unfall, bei dem der Dachdecker schwere Verletzungen davontrug, wird die Frage geknüpft, ob es keine Behörde in Quer gäbe, die zur Ueberwachung der Bauten verpflichtet sei. Diese Frage wird bejaht: „Gewiß, die gibt es, ein Herr de la Chevallerie schwingt dort den Amtmannsteden“. Dann wird weiter gesagt: „Dieser Herr habe alle Hände voll zu tun, die Wirte im Jügel zu halten, die sonst am Ende gar im Stande wären, ihre Lokale den freien Gewerkschaften zu Versammlungen zu überlassen. Diese schweren Amtspflichten lassen den Herrn Amtmann nicht dazu kommen, die Bauten so zu überwachen, wie es wohl nötig wäre.“ Der Artikel enthält dann einige kritische Ausführungen, die beleidigender Natur sein sollen. Bei seiner kommissarischen Vernehmung hat Herr de la Chevallerie unumwunden zugegeben, daß er mehrere von den Maurern geplante Versammlungen inhibiert habe, weil er der Ansicht war, es handle sich um sozialdemokratische Agitationsversammlungen. Wie aus den Zeugenaussagen hervorgeht, daß von einer Baukontrolle in Quer keine Rede sein kann und daß infolgedessen sogar die elementarsten Bauvorschriften unbeachtet gelassen werden. Der Staatsanwalt beantragte daher „nur“ 300 Mark Geldstrafe, da der Angeklagte die Absicht gehabt habe, im Interesse der Arbeiter zu wirken, wobei er aber übers Ziel hinausgeschossen habe. Das Urteil lautet auf eine Geldstrafe von 100 Mark, weil der Angeklagte in gutem Glauben und in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, aber sich in der Form vergriffen habe.

Aus Industrie und Handel.

Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat.

In der letzten Rechenbesitzer-Versammlung des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats erstattete der Vorsitzende folgenden Bericht: Die im arbeitsmäßigen Durchschnitt erzielte Förderung von 261 900 Tonnen blieb um 0,18 Proz. hinter den Ergebnissen des Monats April d. J. zurück. Einen erheblichen Rückgang hat der rechnungsmäßige Absatz erfahren, der sich im Berichtsmonat auf arbeitsmäßig 222 518 Tonnen stellte, was gegen den Monat April ein Weniger von 1,81 Proz. ausmacht. Das ungünstigere Verhältnis zwischen Förderung und rechnungsmäßigem Absatz im Monat Mai gegen April ist darauf zurückzuführen, daß der Versand von den auf den Rechen lagernden Beständen im Berichtsmonat 62 901 Tonnen weniger als im April betragen und daß ferner für Lieferungen der Hüttenzacken an die eigenen Hüttenwerke im Mai 29 582 Tonnen mehr als im Vormonat in Anspruch genommen wurden, wodurch sich auch das Verhältnis des Kohlenbestandes zur Förderung im Monat Mai wesentlich ungünstiger gestaltet als im Monat April. Bei annähernd gleicher Förderleistung ist der Gesamt-Kohlenbestand im Mai um arbeitsmäßig 2,33 Proz. und der Kohlenbestand für Rechnung des Syndikats um arbeitsmäßig 2,94 Proz. hinter den Verkaufsziffern im Monat April dieses Jahres zurückgeblieben. Noch erheblich ungünstiger stellt sich das Verhältnis zwischen der Förderung und dem Kohlenbestande, wenn die Ergebnisse des Monats Mai 1907 mit denen des gleichen Monats 1906 in Vergleich gezogen werden, da der Kohlenbestand hauptsächlich infolge der starken Zunahme der Koks- und Bräunereierzeugnisse einen Rückgang im Gesamtbestande von 1,41 Proz. und im Verande für Syndikatrechnung von 1,78 Proz. erlitten hat. Die Koks- und die Bräunereierzeugung haben sich im Berichtsmonat auf annähernd dem gleichen Stande wie im April d. J. gehalten. In der Lage des Koks- und Koksmarktes sind keine Änderungen eingetreten. Die rege Nachfrage nach Brennmaterialien hat unermindert angehalten. Während den Anforderungen in Koks im allgemeinen genügt werden konnte, hat angesichts der schwachen Lieferungen der Zechen, die Kohlenknappheit noch immer zugenommen, so daß sich die Schwierigkeiten bei der Befriedigung des Bedarfs der Industrie noch verschärft haben. Das Syndikat ist dazu übergegangen, die Lieferungsverpflichtungen im Auslande und in den deutschen Küstenplätzen in größerem Umfange durch Einschlebung englischer Koks abzudecken. Der Eisenbahnverband wurde in der zweiten Hälfte des Berichtsmonats durch Wagenmangel beeinträchtigt, indem die Wagenstellung um 5050 Wagen zurückgeblieben ist. Daneben hat sich fortgesetzt ein außerst starker Mangel an Koks- und Wintermonaten wiederum mit größeren Ausfällen in der Wagenstellung zu rechnen sein wird. Der Versand über den Rhein hat sich in regelmäßigen Bahnen bewegt.

Neugründungen — Kapitalerhöhungen.

In den ersten fünf Monaten der Jahre 1906 und 1907 stellte sich nach der „F. Jg.“ die Summe des neu investierten Kapitals für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung zusammen wie folgt in Mark:

| | 1906 | 1907 |
|-------------------|-------------|-------------|
| Januar | 147 908 500 | 135 488 900 |
| Februar | 97 559 400 | 112 169 700 |
| März | 107 890 325 | 154 519 700 |
| April | 207 915 000 | 121 878 000 |
| Mai | 93 849 600 | 113 402 100 |
| Januar bis Mai | 654 781 825 | 637 458 400 |

Umwandlungen von Einzelfirmen befinden sich unter den Neugründungen im Mai 47. Es wurden neun Firmen in Aktiengesellschaften mit zusammen 22,76 Millionen Mark und 88 Firmen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit zusammen 4,94 Millionen Mark umgewandelt. Die Summe der im Mai registrierten Kapitalerhöhungen betrug bei 2 Aktiengesellschaften 1,6 Millionen, bei 7 Gesellschaften mit beschränkter Haftung 8,26 Millionen, zusammen also bei 9 Gesellschaften 4,80 Millionen Mark gegen 2,96 Millionen Mark im Mai 1906.

Gerichts-Zeitung.

Anarchisten unter der Anklage des Freiwild gegen das — Warenzeigengesetz.

Welch wunderbare Blüten die Anklagefabrikation gegen Anarchisten zeitigt, zeigte eine gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Tuchmacher Paul Frauböse und den Buchdruckereibesitzer Arthur Donath geföhrt Verhandlung. Frauböse wurde beschuldigt, im Februar d. J. wissentlich die Umhüllung einer Ware, nämlich der anarchischen Zeitschrift „Revolutionär“, und einen dieser beiliegenden Geschäftsbrief mit dem Namen „Verein zur Förderung der Kunst“ wider-

rechtlich versehen zu haben. Donath war wegen Beihilfe angeklagt. Letzterer ist der Drucker der Anarchistenzeitung „Revolutionär“, Frauböse leitete die Expedition des Blattes. Er schickte eines Tages einen an Thea Peermann auf dem Gute Wollsch in Ruhland adressierten Brief ab. In dem Briefe befand sich ein Stück der Nr. 8 des „Revol.“ und ein beigefügtes Schreiben betraf ein Manuskript des Adressaten, eine Geldsendung desselben und die fernere Zusendung des Blattes an ihn. Der Briefumschlag verzeichnete in Druckchrift als Adresse des Absenders: „Sekretariat des Vereins zur Förderung der Kunst, Berlin O.“ Der Brief war in Rußland unbesichtbar und ging deshalb an den Verein nach Berlin zurück. Hier wurde aus dem Inhalt des Briefes der Mißbrauch des Namens des Vereins festgestellt und — der Vorsitzende des Vereins stellte den Strafantrag wegen Verletzung des § 14 des Warenzeigengesetzes! Bei einer bei Frauböse abgehaltenen Hausdurchsuchung wurden noch 11 Briefumschläge mit der Firma des Vereins und 409 Umschläge mit anderen Namen vorgefunden.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Frauböse 200 Mark Geldstrafe, event. 20 Tage Gefängnis, gegen Donath 50 Mark Geldstrafe, event. 5 Tage Gefängnis. — Frauböse bestritt in jeder Beziehung seine Schuld, da er die Benutzung eines solchen Briefumschlages durchaus nicht für strafbar gehalten habe. Das Gericht vermochte sich der eigenartigen Konstruktion der Anklage nicht anzuschließen. Es sprach beide Angeklagten frei. In den Gründen wurde ausgeführt: der vorgeführte Tatbestand konnte nicht unter § 14 des Warenzeigengesetzes subsumiert werden. Zunächst könne es dahingestellt bleiben, ob das Stück der Nr. 8 des „Revolutionär“ als Ware im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei. Denn es sei nicht als Teil einer fortlaufenden Verlesung an einen Abonnenten, sondern nur als Belegexemplar für ein Honorar. Man könnte es eher als eine Warenprobe auflassen, dagegen sprechen aber auch verschiedene Bedenken. Aber selbst wenn eine „Ware“ hier vorliegen würde, müßte doch die Freisprechung erfolgen, weil das „Versehen“ mit einer wissentlich falschen Umhüllung nicht vorliege. Die Tendenz des Warenzeigengesetzes gehe dahin, daß der Konsument vor Täuschungen geschützt werden solle. Die Ware ist in diesem Falle aber in ihrer Erscheinungsweise nicht geändert und der Empfänger sollte über die Ware gar nicht getäuscht werden, die Wahl dieser Umhüllung habe vielmehr nur den Zweck gehabt, die russische Verwaltungsbehörde zu täuschen. Auf Grund des Warenzeigengesetzes können die Angeklagten nicht verurteilt werden, ebenso wenig wegen Beleidigung, zu deren Verfolgung es überdies an dem nötigen Strafantrage fehlen würde. Da auch ein anderes Gesetz nicht in Anwendung zu bringen war, so war die Freisprechung geboten.

Zu der Polizeirazzia gegen die Russen.

Der am vorigen Freitag vertagte Prozeß gegen den 24 Tage in Untersuchungshaft gehaltenen russischen Gärtner Keire fand gestern seinen Abschluß. Der Angeklagte betonte und der Kriminalkommissar bekräftigte diesen Punkt, daß innerhalb der Befehle noch ein dritter Beamter tätig war, der russisch sprach. Als er diesem seinen Paß vorzeigte, sagte der Beamte: „Der Paß ist falsch!“ — Tatsächlich ist aber gegen den Angeklagten ein Verfahren wegen Föhrtung falscher Legitimationspapiere nicht eingeleitet worden.

Der Angeklagte erklärt, nicht gewußt zu haben, daß er es mit Beamten zu tun hatte. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob sich denn nicht in der Befehle eine allgemeine Aufregung und Furcht infolge des Abberlangens der Legitimationspapiere bemerkbar gemacht habe, erwiderte der Angeklagte: „Wenn man sich gar nicht schuldig fühlt, warum soll man denn Furcht haben?“ Die Vorgänge in der Hamburgerstraße haben sich nach Darstellung des Angeklagten so abgepielt: Der Beamte fragte ihn: „Hast Du Geld?“ und sagte ihm dabei in die Tasche. Er, der Angeklagte, habe das abgewehrt und selbst nach einem uniformierten Schutzmännchen verlangt. Dem Weantem fortzulaufen, sei ihm nicht in den Sinn gekommen.

Der Zeuge Ledt bleibt demgegenüber bei seiner früheren Aussage, daß der Angeklagte einen Fluchtversuch gemacht, ihm auf den Arm geschlagen, und daß er, der Zeuge, die Hilfe eines Schutzmannes in Anspruch genommen habe. Nach der Tasche habe er den Angeklagten keineswegs geföhrt und auf dem Transport auch nichts zu ihm gesagt, ihn nicht nach Geld gefragt. Wenn in solchen Fällen Geld gebraucht werde, müsse der Beamte es auslegen.

Zu den Widersprüchen zwischen den Aussagen des Angeklagten und des Zeugen bemerkte der Vorsitzende, daß hier wohl ein Mißverständnis des Angeklagten vorliegen könne. Wenn hier ein Russe nach der Wache gebracht werde, könne er auf Grund von Vorwissen in seinem Heimatland eine Handbewegung des Weantem leicht so auffassen wie der Angeklagte.

Die Vernehmung des Kriminalkommissars Groß brachte über die eigentlichen Gründe der Verhaftung keinerlei Aufklärung. Der Zeuge hatte von seiner vorgelegten Behörde Befehl erhalten, alle zu verhaften, die sich nicht genügend legitimieren, oder sonst den üblichen Anforderungen nicht entsprechen könnten. Aber die nähere Begründung der Verhaftungen Aussagen zu machen, habe ihm die vorgezeigte Behörde verweigert. Auf die Frage, worauf sich denn die gefehlige Befugnis der Polizei zu dergleichen Verhaftungen gründet, konnte er keine Auskunft geben, ebensowenig darüber, wie auf dem Präsidium festgestellt werden kann, ob ein Ausländer, der sich ausreichend legitimiert, sich wirklich auf der Durchreise befindet oder sich unangemeldet hier aufhält.

Der Staatsanwalt beantragte acht Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten seien.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Liebknecht, plädierte für Freisprechung. Der Angeklagte sei verhaftet worden, ohne sich irgend einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte habe glaubhaft angegeben, daß er sich auf der Durchreise befände. Auch treffe es ja keineswegs zu, daß der Weantem, wie der Staatsanwalt annimmt, den Paß nicht lesen konnte. Das alles zeige, wie berechtigt die Erregung des Angeklagten war. Seine Freisprechung könne als ein geringes Äquivalent für die 24 tägige Untersuchungshaft gelten.

Das Urteil des Gerichts lautete auf zwanzig Mark Geldstrafe, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet werden.

Zu bemerken ist noch, daß der Angeklagte bei den gestrigen Verhandlungen seinen Paß noch nicht von der Polizei zurück erhalten hatte. Der Kriminalkommissar Groß hatte erklärt, der Angeklagte solle ausgewiesen werden.

Das durch die Verhandlung bekundete Verfahren beweist klar, daß gesetzlich gerechtfertigte Gründe für die Verhaftungen in der Befehle nicht vorliegen. Wenn der Angeklagte trotzdem wegen Widerstands bestraft wurde, so beruht das auf der leider vom Reichsgericht durchgeföhrt Praxis, daß man sich auch bei Durchführung einer an sich ungeschwerlichen Amtshandlung eines strafbaren Widerstandes schuldig machen könne, wenn die unberechtigte Verhaftung in Vollziehung eines Befehls eines Vorgelegten erfolgt war.

Der Vorstand des Berliner Anwaltsvereins hat, wie er seinen Mitgliedern bekannt gibt, eine Sammelstelle eingerichtet zur Sammlung und Verwertung derjenigen Beobachtungen über Wirksamkeit, Mängel und Läden unseres Rechts und seiner Anwendung, die die Anwälte in ihrer Praxis machen. Die Sammlung des großen und wertvollen Materials, so heißt es in der Bekanntgabe, das sich der Rechtsanwaltschaft bei ihrem steten Verkehr mit Rechtsfindenden aus allen Volksschichten, mit Gerichten und Behörden in Recht Angelegenheiten aller Art bietet, wird sich als wertvolle Quelle zur Erkenntnis der Entwicklung

unserer Rechtsordnung auf die Lebensverhältnisse, sowie als eine notwendige Ergänzung der oft genug ohne Zuziehung der Rechtsanwaltschaft erfolgenden Verurteilung der Behörden, insbesondere der Justizbehörden erweisen. Das von der Rechtsanwaltschaft zu sammelnde Material zur Frage der Gerichtsorganisation (insbesondere auch in Berlin), über die Gründe der Terminverletzungen im Zivilprozeß, über die Gestaltung der Rechtsmittel im Zivil- und Strafprozeß, über die Mängel der Voruntersuchung und die ungenügende Stellung des Verteidigers, über Mißstände im Sachverständigenwesen usw. wird noch andere Gesichtspunkte eröffnen als die von den Behörden erstatteten Berichte. Aber auch auf dem Gebiete des materiellen Privat-, Straf- und Verwaltungsrechts wird sich oft genug Gelegenheit zur Mitteilung von Tatsachen bieten, welche die Nachteile zeigen, die mit einzelnen Vorschriften des geltenden Rechts oder ihrer Anwendung verbunden sind.

Krankhaft veranlagter Jugendzueher.

Der Volksschullehrer Willy Zeiger von Nadelweß wurde von der hiesigen Strafkammer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er mit vier Schulmädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen hat.

Leuz wider Harden.

Der Schriftsteller Leuz hatte gegen den Schriftsteller Maximilian Harden wegen abfälliger Kritik der von Leuz herausgegebenen Hammerstein-Briefe wegen Verleumdung geklagt. Amts- und Landgericht hatten die Klage abgewiesen. Das Kammergericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Harden die Grenzen des § 108 überschritten habe, und die Sache an die Strafkammer zurückgewiesen.

Kopf von Metzgergefeßen.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz sind am 15. Dezember v. J. vom Landgericht Düsseldorf der Metzger Heinrich Hoppe und dessen Ehefrau zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Damals hatte der Ehemann einen Monat, die Ehefrau zwei Monate erhalten. Sie betreiben in Düsseldorf auf den Namen der Ehefrau ihr Geschäft und haben auch eine Anzahl Kostgänger. Mehrere derselben litten auffällig oft an Durchfall. Schließlich stellte es sich heraus, daß zu den Mahlzeiten meist verborbene und mit Nadeln durchsetztes Fleisch benutzt wurde. — Die Revision der beiden Angeklagten gegen das neue Urteil wurde am Freitag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Fahrlässige Tötung?

Wie viel Verleger und hohe Beamte würden wohl wegen fahrlässiger Körperverletzung unter Anklage stehen, wenn man ihnen gegenüber mit derselben Feindschaft vorgehen würde, die unteren Eisenbahnbeamten und einfachen Arbeitern gegenüber öfters zur Anwendung gelangt! Daß bei den Verurteilungen, einen Schuldigen zu ermitteln, in manchen Fällen verständlicher Weise eine Verschuldung eines einfachen Arbeiters herausinterpretiert wird, erkannte der Reichsanwalt und das Reichsgericht durch Aufhebung eines Urteils in der Reichsgerichtssitzung am Freitag an. Der Sachverhalt war folgender:

Wegen fahrlässiger Tötung ist am 18. Dezember v. J. vom Landgericht Duisburg der Ankläger Bernhard Zinnfeld in Oberhausen zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er hatte eines Tages auf der vierten Sohle den Anschlägerdienst, während auf der fünften der Zeuge Freitag als stellvertretender Anschläger tätig war. Die Bergbehörde besuchte gerade den Schacht, was die in demselben tätigen Bergleute veranlaßte, sich gelegentlich Hammerzeichen zu geben, ob „die Luft rein“ sei. Eine solche Nachricht gab auch Freitag dem Angeklagten. In diesem Augenblicke erschien beim Angeklagten der Bergschläger Söns und bat, ihn im Förderkorbe mit hinauffahren zu lassen. Zinnfeld ließ ihn einsteigen und gab das Signal „langsam auf!“ bestehend in zwei Hammerschlägen und einem später folgenden Hammerhaken. Von Freitag bekam er das gleiche Signal, er hörte aber den letzten Schlag nicht und sah das Signal als „halt!“ auf. Er glaubte deshalb, es sei irgend etwas nicht in Ordnung und veranlaßte Söns, wieder aus der Förderseile herauszuzeigen. Diese ging aber im selben Augenblicke in die Höhe und Söns fiel, nachdem er durch die Seile über eine Eisenstange gedrückt worden war, in den Schacht, wo er mit zerstücktem Schädel tot liegen blieb. Das Gericht hat die Schuld an dem Tode des Söns dem Angeklagten beigemessen.

Der Reichsanwalt erachtete die vom Angeklagten eingelegte Revision für begründet. Ein Weisungsantrag des Angeklagten sei mit gänzlich unzureichender Begründung abgelehnt worden. Ferner sei die Schuld des Angeklagten nicht festgestellt. Wenn der Angeklagte das Haltzeichen gehört habe, so habe er auch annehmen müssen, daß die Förderseile stehen bleiben werde. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Düsseldorf.

Verbandstag der Graveure und Ziselleure.

Im Saale der „Goldenen Rose“ zu Nürnberg traten am 16. Juni die Delegierten des Zentralverbandes der Graveure, Ziselleure und verwandten Berufsgenossen zur 5. Generalversammlung zusammen, deren bedeutendster Verhandlungspunkt die Frage des Anschlusses an den Deutschen Metallarbeiterverband sein wird.

Der Verband hatte am 1. Februar d. J. das erste Jahrzehnt seines Bestehens hinter sich. Die Berichte des Vorstandes erstreckten sich auf die Geschäftsjahre von drei Jahren. Am Schlusse des ersten Geschäftsjahres (1897) zählte der Verband 752, Ende 1906 2565 Mitglieder. In den Jahren 1898 bis 1902 bewegte sich die Zunahme zwischen 12,90 und 18,49 Proz., 1903 erreichte sie den höchsten Stand mit 31,11 Proz., um 1905 auf 2,12 Proz. zu sinken. 1906 betrug sie wieder 11 Proz. Der Berichterstatter bemerkt, daß besonders in den letzten Jahren das Bestehen einer großen Konkurrenzorganisation (Deutscher Metallarbeiterverband) auf die Entwicklung des Verbandes einen stark fühlbaren Einfluß ausgeübt hat. Nach dem Kölnener Verbandstage 1904 entfaltete der Verband zum ersten Male seine Tätigkeit mit zwei festangestellten besoldeten Beamten, für die Zentrale und für die Berliner Filiale, wodurch die Verwaltungsarbeit weit besser gefördert werden konnte, als es vorher der Fall war. In der Geschäftsperiode wurden Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und eine Verursachungsstudie veranstaltet, die wichtiges Material geliefert haben. Zum Zweck der Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde auch eine Erwerbslosen- und Krankenversicherung vorgenommen, die Vervielfachung ließ aber zu wünschen übrig. Die Agitation war eine sehr verzweigte und kräftige. Um den Mitgliedern möglichst viel Bildungsgelegenheit zu geben, wurden Wanderbibliotheken eingerichtet. — Der Bestand der Filialen hat sich wenig verändert. Er ist von 42 auf 48 gestiegen. Einige kleine Filialen sind seit 1904 verschwunden, dafür haben sich wieder einige neue aufgetan. Die maßgebenden Städte sind auch heute noch durch selbständige Filialen vertreten.

Mit anderen Gewerkschaften trat der Verband in Verbindung. Besonderes Augenmerk wurde auf die Stoffdruckindustrie und Rolleiindustrie gerichtet, die leitenden Kollegen der Stoffdruckindustrie stehen aber der Verschmelzung sehr skeptisch gegenüber. Die Berufsgenossenschaft ist ihnen alles, das ganze Getriebe der Arbeiterbewegung nicht. Man beklagt dort noch systematisch die Aufhäufung der Arbeiter in parteipolitischen Vereinen. Auch an der Generalversammlung der Formstecher (Köln 1905) nahm der Verband teil, der Verband der Graveure teil, um den Gedanken der Verschmelzung zu propagieren; die Formstecher hielten es aber bisher nicht für zweckmäßig, sich mit den Graveuren zu verschmelzen, inzwischen ist jedoch dort die Frage der Kenderung der

Organisationsform ebenfalls brennend geworden. — Im Jahre 1906 fand mit Vertretern des Metallarbeiterverbandes, des Verbandes der Schmiede und des Verbandes der Kupferstecher eine Versprechung wegen der Grenzstreitigkeiten statt, und es wurden auch entsprechende Vereinbarungen getroffen, über deren Auslegung es zu Auseinandersetzungen mit dem Metallarbeiterverband kam, als in Berlin ehemalige Verbandskollegen als Mitglieder des Metallarbeiterverbandes eine Sektion der Graveure gründeten und unter den Mitgliedern des Verbandes der Graveure eine Agitation entfalteten. Der Berichterstatter bemerkt, es gebe eine bis zu einer gewissen Grenze mögliche Lösung der Grenzstreitigkeiten, und zwar durch mögliche Vereinigung aller nahe verwandten Berufsgruppen in großen leistungsfähigen Verbänden.

Die Lohnbewegungen und Streiks hatten auch in dieser Periode einen großen Anteil an der gesamten Bewegung. In den drei Jahren waren 22 Lohnbewegungen zu verzeichnen, die von Streiks oder Aussperrungen begleitet waren, ferner 69 Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung mit teilweisem oder vollem Erfolg beendet wurden.

Der Bericht des Hauptkassierers verzeichnet für die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1907 eine Einnahme von 239 243,68 M. und eine Ausgabe von 240 008,66 M., so daß der Vorbestand vom 1. April 1904 in der Höhe von 797,84 M. am 31. März 1907 auf 37,86 M. zusammengeschmolzen war. Daneben besteht noch ein Kampffonds, der aus freiwilligen Gaben und Ertragsbeiträgen gebildet wurde und zurzeit 225,51 M. beträgt. — Die Fluktuation war eine sehr große. In den drei Jahren sind 2182 Aufnahmen gemacht worden, aber die Zunahme der Mitgliederzahl beträgt nicht ganz 800. Besonders bei den jedesmaligen vorübergehenden Beitragsverhöhungen war ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Vom vierten Quartal 1906 erholte sich der Mitgliederstand, aber jetzt hat die Agitation für den Anschluß an den Metallarbeiterverband den Verband wieder einen beträchtlichen Teil von Mitgliedern gekostet. Ganze Filialen sind zum Metallarbeiterverband übergetreten, ebenso einzelne Mitglieder, auch zum Wundbrüderverband und zum Senefelderbund erfolgten Uebertritte. Zur letzten Organisation neigen besonders die Leipziger Kollegen. — Der Berichterstatter hält es am Schlusse seines Berichtes nicht für seine Aufgabe, die Stärkung der Organisation durch den Anschluß an „größere Gruppverbände“ zu propagieren, er erachtet es vielmehr für notwendig, sich auf die eigene Kraft zu verlassen und diese mit allen Mitteln zu stärken und widerstandsfähiger zu machen.

Verfammlungen.

Von der Tarifbewegung in der Herrenkonfektion. „Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen“, so lautete die Tagesordnung einer imposanten Versammlung der Schneider der Herrenkonfektion, die am Sonntag den großen Saal der „Musterfabrik“ in der Kaiser Wilhelmstraße bis zum letzten Platz füllte. Kunze vom Verband der Schneider referierte. Es ist hervorzuheben: Seit dem Kreuzbruch der Unternehmer im Jahre 1896, der nach einem damaligen Artikel des „Reichsboten“ die Konfektionäre „der Schmach der Verachtung und des Jornes der öffentlichen Meinung“ überstuferte, seien die Arbeiter der Herrenkonfektion dieses Jahr wieder zum ersten Male hervorgetreten mit Forderungen zur tariflichen Regelung ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses. Während auf der einen Seite alle Lebens- und Unterhaltungsmittel, sowie die Zutaten seitdem im Preise gestiegen seien, wären die Lohnverhältnisse nicht nur die gleichen geblieben, sondern sogar zurückgegangen. Zum Beispiel sei der Preis einer bestimmten Palettsorte von 2,76 auf 2 M. gesunken. Trotzdem schreibe der „Confessionair“ fast zu jeder Saison, die Absatzpreise müßten wegen Steigerung der Löhne erhöht werden. Das sei eine Finte. Nun habe man schon im März den Konfektionären den Tarif zugehen lassen, damit sie Zeit hätten, ihre Kalkulationen für die Winteraison im Hinblick auf die Forderungen der Schneider aufzustellen. Man sei ihnen also im weitesten Maße entgegengekommen. Herr Adam, der Vorsitzende, habe auch am 20. März geantwortet, der Tarif würde der nächsten Mitgliederversammlung der „Vereinigung Berliner Herren- und Anabenkonfektionsfirmen“ vorgelegt werden. Das sei nun aber bis heute noch nicht geschehen. Am 20. Mai sei die Ortsverwaltung laut Aufruf mehrerer Versammlungen nochmals an die Konfektionäre herorgetreten mit dem Ersuchen, mitzuteilen, ob die Vereinigung schon Stellung genommen. Zugleich sei den Herren Kenntnis gegeben worden, daß die Kollegen in 14 Tagen Bescheid haben wollten und daß ihre Vertreter zu Verhandlungen beauftragt seien. Und die Antwort? „Die Lohnsätze seien noch gar nicht den Mitgliedern der Unternehmervereinigung zur Kenntnis gebracht worden; es wäre aber in Aussicht genommen, sie auf die Tagesordnung der Mitgliederversammlung Mitte Juni zu setzen, und man werde sich gestatten, den Ausgang mitzuteilen. Der größte Teil der Mitglieder wäre aus Reizen.“ — Redner meinte nun, es dürfte an der Zeit sein, Schritte zu tun, die die Herren von der Reise zurückbrächten. Daß man sich ein halbes Jahr hinstellen lasse, davon könne nicht die Rede sein. Es werde an den Konfektionären liegen, wie weit sie durch ihr Verhalten den Konfektionären zu imponieren vermöchten. Allerdings müsse man jetzt abwarten, ob dieser Tage die Versammlung der Herren stattfinden oder stattfinden. Auf jeden Fall müsse ihnen klargemacht werden, daß man sich nicht weiter hingehen lasse und trotz aller Friedensliebe zuguterletzt auch vor einem Kampf nicht zurückschreie. Als ersten Schritt schlage die Ortsverwaltung die eventuelle Anrufung des Einigungsamtes vor. Zu warnen seien die Kollegen davor, mit Konfektionären irgendwelche neue Sonderverträge einzugehen. Verschiedene der Herren würden versuchen, unter allerlei Versprechungen Kollegen zu langfristigen Verträgen zu bestimmen, um so der Bewegung der Schneider nach Verbesserung ihrer Lebenslage Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Jedes derartige Vertragsangebot sei strikte abzulehnen. Mit einem begeisterten Ausruf, die Reihen der Konfektionäre seien noch fester zu schließen, als es schon der Fall sei, schloß Redner unter stürmischem Beifall.

Folgende Resolution lag vor: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben der Konfektionäre. Sie erkennt in der Handlungsweise der Konfektionäre ein Ignorieren ihrer Forderungen und gewinnt mehr und mehr die Ueberzeugung, daß die Konfektionäre nicht gewillt sind, über die Forderungen der Arbeiter zu verhandeln, ohne daß ein, in das Erwerbsleben tief einschneidender Kampf geführt werde. Die Versammlung verurteilt dies Verfahren um so mehr, als die Konfektionäre in jeder Saison von „erhöhten“ Löhnen reden, aber nie mit Lohnforderungen befaßt wurden. Von dem Verein Berliner Herren- und Anabenkonfektionsfirmen erwartet die Versammlung nunmehr innerhalb 14 Tagen eine präzise und bestimmte Antwort darüber, ob die Konfektionäre gewillt sind, den Forderungen der Konfektionäre entgegenzukommen oder nicht. Für den Fall, daß während dieser Zeit eine befriedigende Antwort nicht eingeht, das heißt: Wann und wo die Verhandlungen beginnen sollen“, so ist das Berliner Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, bevor der letzte Schritt getan, das heißt die Arbeitsniederlegung beschlossen wird.“ In der lebhaften Debatte wurde allgemein die Verschleppungstaktik der Konfektionäre verurteilt. Verschiedenen Rednern war die Resolution nicht scharf genug. Einer meinte, angesichts des Verhaltens der Konfektionäre müßte eigentlich gleich mit dem Kampfe begonnen werden. Die Resolution wurde gegen zwei oder drei Stimmen angenommen.

Ein neuer Tarifvertrag für die Leder-, Galanterie- und Hütelbranche.

Der vor zwei Jahren auf Grund eines Schiedsspruches des Gewerbegerichts zustande gekommene Tarifvertrag der Leder-, Galanterie- und Hütelbranche läuft am 30. Juni dieses Jahres ab. Bereits am 17. März haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche über Vorschläge zu einem neuen Tarifvertrag beschlossen, aber erst in der zweiten Hälfte des Mai kam es zu Verhandlungen mit den

Fabrikanten. Ihre Vertreter hatten gebundenes Mandat. Es sollte nichts bewilligt werden als eine Erhöhung der bestehenden Durchschnittslöhne sämtlicher Gruppen um 2 Pf. und eine dementsprechende allgemeine Lohnerhöhung um 4 Proz. Ueber die Forderungen auf Abschaffung der Heim- und Akkordarbeit und auf Verkürzung der Arbeitszeit zu verhandeln, erklärten die Fabrikanten für zwecklos. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten dagegen, daß sie unter diesen Bedingungen keinen Vertrag abschließen könnten. Sie riefen sodann im Einverständnis mit den Fabrikanten das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Eine Einigung kam auch hier nicht zustande; das Amt hat nun Anfang voriger Woche einen Schiedsspruch gefällt, der folgende Lohnerhöhungen bietet:

Der Durchschnittslohn der Arbeiter beträgt: in der Hütelbranche 55 Pf., statt bisher 52 Pf.; in der Galanteriebranche 50 Pf., statt 45 Pf.; für Stepperinnen und für Hütelarbeiterinnen über 16 Jahre 35 Pf., statt bisher für Stepperinnen 32 Pf.; für die Hütelarbeiterinnen ist im alten Tarif überhaupt kein Durchschnittslohn festgelegt.

Sattler, Portefeulles und Lederarbeiter erhalten im ersten Jahre nach der Lehrzeit nicht unter 40 Pf. Stundenlohn, statt bisher 35 Pf. — Diese Lohnerhöhungen bleiben bei den ersten drei Gruppen um 2 Pf., bei der letzten um 5 Pf. hinter den geforderten Lohnsätzen zurück.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu ihren bisherigen Löhnen einen Zuschlag von 5 Proz. im Durchschnitt. — Gefordert wurden 10 Proz. — Für Ueberstunden soll wie bisher ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt werden. Die Arbeitszeit soll wie bisher 53 Stunden die Woche betragen, Sonnabends 8, die übrigen Tage 9 Stunden.

Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen werden durch den Vertrag nicht berührt und müssen bestehen bleiben.

Im alten Vertrag nicht enthalten ist der folgende Passus: „Bei Bedarf von Arbeitskräften wird den Arbeitgebern empfohlen, in erster Linie die bestehenden Arbeitsnachweise der Sattler und Portefeulles zu benutzen.“ — Gefordert wurde eine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Benutzung der Arbeitsnachweise der beiden am Vertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen der Sattler und Portefeulles. — Die Forderung, daß sämtliche Artikel in Heftlohn angefertigt werden sollen, ist im Schiedsspruch nicht berücksichtigt, jedoch ist auch der Passus des alten Vertrages: „Akkordarbeit darf nicht verteuert werden“, nicht wieder aufgenommen.

Der Vertrag soll am 1. Juli 1907 in Kraft treten und bis zum 1. Juli 1908 gelten. Die Fabrikanten wollten lieber entweder einen dreijährigen oder nur einen einjährigen Vertrag abschließen, was ihnen darum wünschenswert erschien, weil im nächsten Jahre die Tarifverträge im Offenbacher Industriegebiet und an anderen Orten ablaufen; den Arbeitnehmern aber war aus denselben Gründen mehr an einem zweijährigen Vertrage gelegen.

Der Verband der Sattler hatte am Sonntag die Branche der Galanterie- und Hütelarbeiter und Arbeiterinnen eine Versammlung einberufen, die den großen Saal von Graumann in der Raunpstraße füllte. Der Ortsvorsitzende Schula berichtete ausführlich über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sowie über den Schiedsspruch, dessen Annahme er im Einverständnis mit den übrigen Kommissionsmitgliedern und mit Rücksicht auf die nicht gerade günstige Konjunktur empfahl. In der Diskussion machte sich zwar eine starke Unzufriedenheit mit dem Schiedsspruch bemerkbar, in der Abstimmung erklärte sich die Versammlung jedoch in ihrer Mehrheit mit dem Schiedsspruch einverstanden.

Es ist anzunehmen, daß auch die Fabrikanten sich mit dem Schiedsspruch einverstanden erklären werden. Bis Dienstag haben die Parteien ihre Entscheidung dem Einigungsamt mitzuteilen.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

- Charlottenburg. Mittwoch, den 10. Juni, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Kofinensir. 8: Vortrag, Genosse Kurt Feinig: „Bildung und Arbeit.“
- Mariendorf. Mittwoch, den 10. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Clausseerstr. 16, Vortrag Frau Erdmer: „Arbeitsnachweise.“
- Treptow-Baumhulsenweg. Mittwoch, den 10. Juni, 8 1/2 Uhr, bei E. Christ, Erisstr. 25: Vortrag, Herr Dr. Jadel: „Frauenfrankheiten.“
- Reinickendorf-Ost. Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Regir- und Eerstrassen-Ecke: Vortrag, Frau Schulz.
- Pantow. Donnerstag, den 20. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Großfurt, Berlinerstr. 27: Vortrag, Fräulein Kadeit: „Die Kirche und die Frauen.“
- Kummelsburg. Donnerstag, den 20. Juni, 8 Uhr, bei Pflug, Altvogelweg 50: Vortrag, Fr. Dr. med. Wggobinski: „Was soll der Laie von medizinischen Fragen verstehen?“

Eingegangene Druckschriften.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 6. Herausgegeben von Dr. A. Hoffmann, Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 5 M. Einzelheft 2 M. 12 Heft ein Band. Verlag: A. Deichert Wöhl, Leipzig.

„Der Arbeitsmarkt“, Nr. 13. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktdatien (Herausgeber Prof. Dr. J. Falkow, Verlag von Georg Reimer, Berlin W., Köpenickerstr. 107/108).

Polologlow - Zigaretten

Das Stück 3 bis 10 Pfennige

Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

100 M. Belohnung

der Auserkahl nachweist. Dunkelbrauner kleiner Spitzhund, Nummer, (siehe Oben), weißbräunlich, Schwanz buschig aufgerichtet, Augen, Schnauze braun. Fortgenommen 20. April.

Nachodstraße 24, Greve.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 44112 Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 Uhr

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, direkt am Markt, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4.

Hygienische

Bedarfsartikel, Neues Katalog

Dr. Zimpf, viel A. gratis Prof. grat. u. z. H. Unger, Gummiwarenfabrik

Marlin N. - Friedrichsstraße 21/22.

Gut gefant halb verbant!

Künstliche Zähne, Plomben etc. liefert tüchtiger Fachmann besten Preisen auf Teilzahlung. Solide Preise, langjährige Garantie. Offerten D. 2. Expedition dieses Blattes.

Kleine Anzeigen.

Auf Teilzahlung!

Wohntisch nur 1 Mark. Abren jeder Art so wie Goldwaare, Silber, Phonograph, Platten, (Brennmaschinen, Herdmaschinen, Plandolinen, Weigen usw. Große Auswahl in Platten, edle Edison-Apparate und Walzen zu Original-Preisen.

Jahre & König,

Wahrscheinl. 72, 1. Etage, Reinickendorferstr. 101, L. Etage.

Schönste Hochwald- u. Landparzellen

am 53022

Bahnhof Sadowa

a. d. Straße nach Biedorf 7 Minuten ab Bahnhof Sadowa.

R. 10 Mark an.

Wichtigste Zahlungsbeding., Geb. u. Ballerleitung, Auskunft im Sonntags, Restaurant Döhring, Eger, Oberlach in Neu-Sadowa und Restaurant Göde, Rausdorf.

Nieschalke & Nitsche,

Berlin C., Landsbergerstraße 66.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 18. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Regiments-töchter. Die Puppenfee.
Kgl. Schauspielhaus. Heenbände. Neues Igl. Opernhaus. Wiener-Tant.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Freischütz.
Schiller-Theater Charlottenburg. Die Schmutzlinge.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Drei Paar Schuhe.

Deutsches. Der Jongleur. Kleines. Ein idealer Gatte. Komische Oper. Carmen. Wehen. Die lustige Witwe. Neues Schauspielhaus. Hopfen-raßs Erben.

Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Thalia. Geschlossen.
Luisen. Das Kästl seiner Ehe. Verabrad Rose. Der große Unbekannte.

König. 4 1/2 Uhr: Die Schwärze. Der Gehülfe des Teufels. Die Ballettschule.
Metropol. Der Teufel laßt dazu.
Wintergarten. La Tortajada. Spezialitäten.
Apollo. Der lustige Wittwer. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Kleines Theater.
Zum 209. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Morgen:

Nachtsyl.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und F. Weber.

Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Ensemble-Gastspiel:
Die Welt ohne Männer.
Bespi. Glöckner als Gast.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Heute und folgende Tage:
Das Kästl seiner Ehe
Anfang 8 Uhr.

Apollo Theater
8 Uhr: Die bedeutendsten Spezialitäten mit Jean Clements
Judas-Parodie Barann u. Bellech.
Abends 9 1/2 Uhr:

Hartstein
mit seiner Burleske:
Der lustige Wittwer.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr:
Die kleine Rakete
mit
Paulette van Roy.
14 großartige Spezialitäten.

Belle-Alliance-Garten
Herrlichster Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Anlagen.
Täglich:
Elite-Variété-Vorstellung
Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber
Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und F. Weber.

Lustspielhaus.
8 Uhr: Wiener Ensemble-Gastspiel:
Die Welt ohne Männer.
Bespi. Glöckner als Gast.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Heute nachmittag 5 Uhr:
Gastspiel
des Musikkorps der kaiserl. 4. Matrosen-Art-Abt.
Kaiserl. Musikdir. F. Stolle.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel laßt dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

WINTERGARTEN
Anfang 8 Uhr:
La Tortajada.
Spezialitäten.

Neues Programm.
Anfang 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Walhalla.
Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. - Paris.
Wahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Heanta. Tanzenstraße 18/19.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Merzberg-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Romantische Oper in 4 Akten von Carl Maria von Weber.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Zauberflöte.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Martha oder: Der Markt zu Richmond.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Sommerpreise.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Dienstag:
Willy Walde-Sänger.
Konzert und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Puhmann)
Schönhäuser Allee 148 und
Bokawitz-Allee 97/99.
Bestes Volkstheater Berlins.
Gente Dienstag:
Großes Sommer-Fest
des Iral. Wollt.-Ber. Dumanitas.
Das neue Juni-Programm mit
Karl Brann als Herold
Holmes
und die übrigen 15 Künstlerkräfte.
Neu!
Um 4 1/2 Uhr: **Großstadt-Tänzer.**
Im Hofsaal: **Gröser Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Max Kliems
Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater**
u. **Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: **Sommerfest.**
Jeden Mittwoch:
Die beliebten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: **Mittag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstraße 9.
Das neue
exquisite
Juni-Programm.
Schlager auf
Schlager!
Neu! Neu!
Die Jungfrau von Orleans,
Komödie.
Greifenberger proloungiert.
Neu! Emmolin u. Erich Hochberg,
Opernduett,
sowie die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
Sommerpreise.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Reife Vorstellung vor den Ferien:
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Schmutzlinge.
Komödie in 4 Akten v. Arthur Dinter.

Sanssouci, Kolibri
Straße 6.
Direktion Wilhelm Kolmer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hofmanns Harid. Sänger
u. **Tanzkränzechen.**
(Künder-Pror. Ensemble-
tönen, Quart., Coupl. u. a.)
Sonnt. Beg. 5. uochent. 8 U.
Für nächste Saison sind
sämtl. Sonnab. bereite
befreit. Noch einige Mittwoch-
Abende sind frei.

Neue Welt
Hasenholde 108-114.
Täglich:
Gr. Doppel-Konzert
u. **Spezialitäten-Vorstellung.**
Aufstehen von
Kunstkräften 1. Ranges
Geschw. Wels, Duellisten.
Stoffen Brothers, Akrobaten.
Rheingold Trio, Gelangdirigert.
Mampfels Weibermühle.
Carl Ellis.
Boasy Comp. Pantomime.
Geschwister D'Orville.
Doppelbesuchfahrt durch den
ganzen Gart. a. d. Bühnen hängend.
Anfang 8 Uhr.
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.
Theatergarten 60 Pf.

Volksgarten-Theater.
Bad-Bohmstraße — Bahnhof Gesund-
brunnen — Bellermanstraße.
Das Bild der Mutter
oder **Berliner Zimmerleute.**
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volkshelustigungen. X Großer Ball.

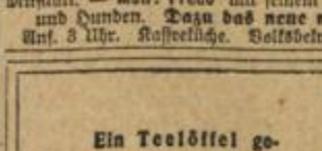
Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Bamentanz.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Dampfwäscherei
Sonnenlicht
Rixdorf, Bergstr. 55. Leibnizstraße 10 W.
gr. Besatz 15 Pf., Handtücher, Tisch-
tücher 4 St. 10 Pf. Schonende Behand-
lung, freie Abholung von 3 Uhr an.

Landes-Ausstellungspark.
Neu erbaut: Festsaal, Café und Konditorei, ge-
deckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejourners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an. 32/13*
Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Zugverbindung in allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Im herrlichen Garten oder großen Saal:
Die größte Sensation der Gegenwart:
3 Röhre's Todesfahrt im drehbaren Globus.
Gans Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schleiße,
nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. — Barton Brothers, phäno-
menale akrobatische Neudellen. — Tho 5 Astleys, die Abelen Karner, Brill.
Wirkstoff. — Matr. Frode mit seinem Ueber-Girus: Bonno, Oel, Schweiß
und Hund. **Dazu das neue und beste Programm Berlins.**
Anf. 3 Uhr. Kaffeeküche. Selbstbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

**Ein Teelöffel ge-
nügt für eine Tasse**



1/4 Pfd.-Paket 50 Pf.
1/2 Pfd.-Paket 1 Mk.

Lebensklugheit
bedeutet es für jede Hausfrau, die ihren Kindern
ein nährwertreiches Frühstücksgetränk verabreicht.
Cacao! ist das beste von allen
und ein Versuch bestätigt die Tatsache.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Säger
am 14. d. M. an Lungenleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
120/11 Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Am Freitag, den 14. Juni, nach
unser treues Mitglied, Frau
Luise Hormuth.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Hixdorfer Ge-
meindefriedhofes, Hermannstraße,
Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
55/14 **Der Vorstand.**

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Am Freitag, den 14. Juni, nach
unser treues Mitglied, Frau
Luise Hormuth.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Hixdorfer Ge-
meindefriedhofes, Hermannstraße,
Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
55/14 **Der Vorstand.**

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Am Freitag, den 14. Juni, nach
unser treues Mitglied, Frau
Luise Hormuth.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Hixdorfer Ge-
meindefriedhofes, Hermannstraße,
Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
55/14 **Der Vorstand.**

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Am Freitag, den 14. Juni, nach
unser treues Mitglied, Frau
Luise Hormuth.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Hixdorfer Ge-
meindefriedhofes, Hermannstraße,
Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
55/14 **Der Vorstand.**

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Am Freitag, den 14. Juni, nach
unser treues Mitglied, Frau
Luise Hormuth.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Hixdorfer Ge-
meindefriedhofes, Hermannstraße,
Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
55/14 **Der Vorstand.**

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Am Freitag, den 14. Juni, nach
unser treues Mitglied, Frau
Luise Hormuth.
Ehre ihrem Andenken!

Partei-Angelegenheiten.

Treptow-Baumhofenweg. Dienstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Speers Festsälen die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Diskussion über das Erfurter Programm. Referent: Genosse Grünwald. 2. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Parteiangelegenheiten! Da außer dem interessanten Vortrage die Stellung zum internationalen Kongress nahmen müssen, sorgt für guten Besuch dieser Versammlung. Gäste, auch Frauen, sind willkommen. Der Vorstand.

Köpenick. Am Dienstag, den 18. Juni, findet die regelmäßige Wahlvereinsversammlung beim Genossen Seidel statt. Des weiteren diene den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Mittwoch abend eine Flugblattverbreitung stattfindet. Wir ersuchen dringend um zahlreiche Beteiligung an beiden Veranstaltungen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Dienstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Verdes Bürgerläden, Mundteil, eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Referent: Genosse Störmer. Diskussion. Um zahlreichen Besuch bitten. Der Einberufer.

Achtung! Kummelsburg! Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale der Witwe Weigel, Fließmühlstr. 45, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Der neue Reichstag. (Referent: Gewerkschaftssekretär Albin Kohns.) 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Beiträge werden in dieser Versammlung entgegen genommen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

Tegel. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung der Wahlvereins beim Genossen Göh, Schloßstr. 7/8, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Thomas-Altona über das Thema: Der neue Reichstag. Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Hohen-Schönhausen (Bezirk Lichtenberg). Am Dienstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Beschke, Berlinerstr. 93, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Kubiß über: „Die politische Lage“. Vereinsangelegenheiten. Nege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Grünau. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung mit wichtiger Tagesordnung statt. Die eintreffenden Beiträge müssen heute bezahlt werden; vom 1. Juli ab werden monatlich 80 Pf. erhoben. Die der Bibliothek entnommenen Bücher sind auszutauschen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen zur Versammlung erwartet. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Die Versammlung des Wahlvereins findet umständlicher nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaufhold statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mehr Sonntagsruhe im Handelsgewerbe!

In den meisten Berliner Detailgeschäften besteht noch immer der Uebelstand, die Angestellten an den Sonntagen fünf Stunden zu beschäftigen. Nur eine Reihe größerer Geschäfte und die Arbeiterkonsumvereine halten ihre Läden am Sonntag geschlossen. Da eine ununterbrochene fünfstündige Arbeitszeit an den Sonntagsvormittagen des Gottesdienstes wegen nicht möglich ist, muß das Verkaufspersonal nach Beendigung des Gottesdienstes von 12 bis 2 Uhr nachmittags die um 10 Uhr vormittags unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen, damit der Profit der Geschäftsinhaber keinen Schaden leidet.

Um dem gewiß berechtigten Verlangen der Handelsangestellten nach einem völlig arbeitsfreien Sonntagnachmittag entgegenzukommen, dadurch, daß die Läden vormittags eine Stunde länger (also bis 11 Uhr) geöffnet sind, nachmittags aber geschlossen bleiben, hat der Magistrat, wie wir seinerzeit berichteten, sich mit einer Umfrage an die Vertreter sämtlicher Kirchengemeinden gewandt. Es sollte von diesen erwogen werden, ob nicht, um dem Verkaufspersonal den Sonntagnachmittag ganz frei zu geben, der Beginn des Gottesdienstes von 10 auf 11 Uhr festgesetzt werden könne.

Es sind hierauf von 52 protestantischen und 10 katholischen Kirchen Antworten beim Magistrat eingegangen. Von ersteren waren drei, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die Petri- und die Lutherkirche, geneigt, den Gottesdienst eventuell in der Zeit von 11 bis 1 Uhr abzuhalten. Andere Gemeinden erklärten sich hierzu gleichfalls bereit unter der Bedingung, daß dann aber die Läden eine halbe Stunde vor Beginn des Gottesdienstes, also um 10 1/2 Uhr, geschlossen werden müßten, damit die Handlungsgeschäfte, welche die Kirche besuchen wollen, Zeit haben, sich umkleiden zu können. Die Mehrzahl der evangelischen sowie sämtlichen katholischen Kirchen verhielten sich völlig ablehnend. — Durch Mitwirkung der Kirchen werden demnach die Handelsgeschäfte niemals einen arbeitsfreien Sonntagnachmittag erhalten.

Jetzt ist die Angelegenheit von anderer Seite aufs neue in Fluß gebracht worden. Der Ausschuß des Kaufmannsgerichts zu Berlin hat beim Magistrat beantragt, bei den Kleinhändlern Erhebungen darüber anzustellen, ob sie mit einer Beschränkung der Verkaufszeit an Sonn- und Feiertagen auf die Stunden bis 10 Uhr vormittags unter Fortfall der Stunden von 12 bis 2 Uhr nachmittags einverstanden sind. Dieser Antrag, dessen Annahme nicht dringend genug empfohlen werden kann, wird morgen, Mittwoch, in der Sitzung der Gewerbe-Deputation des Magistrats zur Verhandlung kommen. Das Referat ist Herrn Stadtrat Dr. Weigert übertragen. Korreferenten sind die Stadtverordneten Deutsch und Borgmann und Bürgerdeputierter Lühauer.

Es ist anzunehmen, daß die Gewerbe-Deputation die beantragten Erhebungen beschließen und auch der Magistrat seine Zustimmung hierzu geben wird. Leider ist bei der sozialen Rückständigkeit der Kleinhändler wenig Aussicht vorhanden, daß die erforderliche Mehrheit derselben sich mit dem Fortfall der beiden Verkaufsstunden von 12 bis 2 Uhr an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage einverstanden erklären wird. So dienlich auch der freie Sonntagnachmittag gerade den Kleinhändlern selbst wäre, ist doch leider anzunehmen, daß auch bei diesen Erhebungen die schände Profitlust wieder triumphieren wird.

Sier wird nur ein gesetzlicher Zwang den Handlungsangestellten wie auch den Kleinhändlern selbst die so dringend nötige Sonntagsruhe bringen können.

Mögen die Handlungsgeschäfte es an der erforderlichen aufflärenden Agitation unter den Kleinhändlern nicht fehlen lassen!

Groß-Berlin Feuerwehr. In dem soeben erschienenen Jahresbericht der Berliner Feuerwehr berührt Branddirektor Reichel eine Frage von eminenter Bedeutung, indem er schreibt: Sollte wider Erwarten doch noch einmal ein „Groß-Berlin“ entstehen, oder sollten, was schon jetzt sehr zweckmäßig wäre und im Interesse aller Beteiligten liegen würde, die Feuerwehren der Nachbargemeinden mit Berlin organisatorisch vereinigt werden, dann würde mit der Errichtung von Oberbrandinspektionen bereits der richtige Weg gezeigt sein, auf dem eine Vereinigung aller Feuerwehren Groß-Berlins mit bestem Erfolge durchgeführt werden könnte. Es wäre nur nötig, die Oberbrandinspektionen entsprechend zu vermehren und die neu hinzugekommenen Vöschbezirke in Brandinspektionen einzuteilen. Der Branddirektor weist darauf hin, daß das Reichsgebiet der Stadt Berlin schon bis auf einige im Norden, Nordwesten und Nordosten gelegene Terrains abgedeckt ist und daß bei der regen Bauaktivität auch diese in absehbarer Zeit bebaut sein werden; gleich den anderen staatlichen und städtischen Einrichtungen werde dann auch die Entwicklung der Berliner Feuerwehr zum Stillstand kommen. Notwendig seien noch drei oder vier Feuerwochen, die später die sechste Kompanie zu bilden haben würden. Nach erfolgter Behaubung des gesamten Reichsgebietes würde dann die Berliner Feuerwehr aus zwei Oberbrandinspektionen bestehen, deren jede drei Kompanien unterstellt wären. Damit wäre der Abschluß des Ausbaues der Berliner Wehr erreicht. Im Hinblick auf die nachbarlichen Berührungspunkte zwischen Berlin und seinen Vororten und das Ineinandergreifen eines wirksamen Feuerkörpers in den Grenzgebieten erscheint die Anregung unseres Branddirektors, deren weitere Begründung er in Aussicht gestellt hat, von nicht geringerer Bedeutung, als der Plan der Gründung eines Zweckverbandes auf dem Gebiete des Verkehrswezens.

Bemerken möchten wir noch, daß eine Vereinigung aller Feuerwehren Groß-Berlins die Verstaatlichung der Berliner königlichen Feuerwehr zur Voraussetzung haben muß.

Die Stadt Berlin hat wieder Besuch erhalten. Der Lord Mayor von London ist mit 52 Herren der Londoner Verwaltung am Sonntag hier eingetroffen, um den vorjährigen Besuch Berliner Stadtvertreter zu erwidern. Gestern vormittag besichtigten die Herren die Gemeindegasse in der Wilmsstraße, wo sie in der Aula vom Oberbürgermeister bewillkommnet wurden. Auf die freundlich gehaltene Ansprache des Herrn Kirchner antwortete der Lord Mayor ebenso freundlich, obwohl er, da er der deutschen Sprache nicht mächtig war, nicht alles verstanden hatte. Nach der Besichtigung der Schule ging es nach der Badeanstalt in der Bäckerstraße, in der der Berliner Schwimmklub einige Übungen vorführte. Es folgte dann die Besichtigung des Friedrichs-Realsgymnasiums in der Mittenwalderstraße, worauf es im Auto nach dem Victoriapark ging. Nachmittags wurde das Wichow-Krankenhaus besichtigt. Am Abend fand ein Festessen im Rathaus statt.

Vorschläge des Polizeipräsidenten. Eine Korrespondenz weiß zu berichten: „Das vielbesprochene Projekt über die Verlängerung der Bohlstraße über den Kemperplatz hat der Polizeipräsident jetzt abgelehnt, weil durch die Verlängerung der Bohlstraße der Kemperplatz und die Rennstraße zu stark belastet würden. Dagegen hat Herr v. Vorries dem Berliner Magistrat ein neues Projekt vorgeschlagen. Es geht dahin, daß die Bohlstraße über die Welschestr. und Viktoriaparkstraße hinaus bis zur Tiergartenstraße verlängert wird, so daß die neue Straße den Kemperplatz umgeht. Dieses neue Projekt würde den Kemperplatz und besonders den Potsdamerplatz ganz erheblich entlasten. Ein weiterer Vorschlag des Polizeipräsidenten, den er der Stadt Berlin gemacht hat, geht dahin: Es soll von der Potsdamerstraße aus bei der Einmündung der Linkstraße die schmale, vorstehende Häusermaße durchbrochen und eine kleine Verbindungsstraße angelegt werden. Diese Straße würde dann weiter über den alten Friedhof in den südlichen Teil der Königsgrünerstraße führen und somit den Potsdamerplatz bedeutend entlasten.“

Soweit uns bekannt, hat der Magistrat eine ganze Reihe Projekte geprüft, bevor er sich entschied, die Verlängerung der Bohlstraße über den Kemperplatz als das gangbarste Projekt vorzuschlagen. Ob unter den unausführbaren Projekten sich auch die vom Polizeipräsidenten vorgeschlagenen befinden, können wir im Augenblick nicht feststellen, leicht möglich wäre es aber.

Eine neue Organisation der Polizei von Groß-Berlin wird gegenwärtig erwogen. Die Reform hängt zusammen mit den Unzulänglichkeiten, die der Mangel der Zuständigkeit oft mit sich bringt. Die Berliner Beamten wissen oft genau, wo Verbrecher in den Vororten ihre Schlupfwinkel gefunden haben, sie können aber im gegebenen Augenblick nichts ausrichten, weil sie zur Vornahme von Amtshandlungen nicht befugt sind. Es wird nun daran gedacht, Polizeipräsidenten oder Direktoren nicht bloß in Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf und Wilmersdorf, sondern auch in Tegel, Pantow, Lichtenberg mit Friedrichsberg und Kortschork und in Weihensee einzurichten. Diese würden dann auch mit Kriminalinspektoren und Kriminalkommissaren besetzt werden.

Eine größere Verkehrshinderung im Unterleitungsbetriebe der Straßenbahn ereignete sich Sonntagnachmittag gegen 1/4 8 Uhr in der Sommerstraße gegenüber dem Reichstagsgebäude. Dort war an einem Wagen der Linie 9 (Richtung Moabit) der Stromabnehmer gebrochen und ließ sich nicht hochziehen. Durch Schloffer mußte derselbe abgemacht werden, der Stromabnehmer fiel hierbei in den Kanal und erzeugte Kurzschluß, wodurch wiederum zwei Sicherungen einer Maschine in der Zentrale Dorotheenstr. durchschmolzen. Während der fast dreiviertelstündigen Störung mußten die Wagen der Linien 7, 14, 15, 6 und 9 durch die Potsdamer-, Lützowstr., Großen Stern und Stromstraße, die von Schöneberg kommenden Wagen der Linien 28, 24, 51, 52, 59 und 57 durch Leipziger-, Bauer- und Französischestr. über den Opernplatz, Ring 1 durch Prinz-Albrecht- und Zimmerstraße abgelenkt werden.

Carnegie schenkt Berlin eine Bibliothek im Werte von einer Million Dollar, verlinken amerikanische Blätter. Von anderer Seite wird diese Meldung bestritten. Wie dem auch sei, brauchen könnte Berlin eine, ja noch viele solcher Bibliotheken. Und es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn in dieser liberal verwalteten Metropole erst von einem ruhmstächtigen Amerikaner geleistet würde, was seit Jahrzehnten Aufgabe einer verständigen kommunalen Bildungs- und Kulturpolitik gewesen wäre. Daß an leicht und allgemein zugänglichen öffentlichen Bibliotheken und Lesehäusern die Weltstadt Berlin es nicht einmal mit amerikanischen Städten von einigen hunderttausend Einwohnern aufnehmen kann, ist wahrhaft beschämend. Englische Städte können besondere Bibliothekssteuern von dem Einkommen über 3000 M. erheben, die Stadt Berlin verwendet ein Vermächtnis, das von Leo für Bibliothekszwecke gestiftet wurde, nicht zur Vermehrung und Vereinerung der städtischen Bibliotheken, sondern zur Entlastung des Etats, zur Ersparung an bisher dafür aufgewendeten Mitteln. So kann Carnegie, was immer an der Meldung wahr ist, der Stadt der Intelligenz ein Verwehler sein. Velleicht wollte er auch seinen Berliner Millionärkollegen von der minderen Fakultät vor Augen führen, wie schädlich und widerig sie sich bisher in Bibliotheksstiftungen erwiesen haben.

Ein Zusammenstoß zwischen einem „Stern“-Dampfer und einem Auerboos der Berliner Zuzugemeinde, der nach Angabe von Augenzeugen durch falsche Steuerung des Dampfers herbeigeführt worden ist, ereignete sich am Sonntagnachmittag auf dem Langen See bei Karolinenthof. Nachdem der „Stern“-Dampfer bereits mit einem Segelboot in Konflikt geraten war und nur die Geschicklichkeit des Bootinsassen und der glücklicherweise angegebene Wind einen Zusammenstoß verhindert hatten, machte der

Dampfer plötzlich eine ganz unerwartete Wendung und fuhr hierauf auf einen Bieer der Berliner Zuzugemeinde. Das kleine Fahrzeug wurde in den Pfannen getroffen und schlug mit seinen vier Insassen um. Die Situation war infolgedessen eine sehr kritische, als die Auerboos in die Gefahr geriet, in das Kielwasser des Dampfers und damit unter diesen zu kommen. Glücklicherweise waren mehrere Segelboote in der Nähe der Unfallstelle, und es gelang diesen, drei der Verunglückten zu retten, während der Steuermann die Geistesgegenwart besaß, an dem Dampfer emporzuklettern. Das angerannte Boot, das zufälligerweise nicht erheblich beschädigt worden ist, konnte ebenfalls geborgen werden.

Mutter und Kind als Feuerfäule. Eine schreckliche Todesart für sich und ihr Kind wählte die 24jährige Ehefrau des Wärgersellen Prömel in der Hübnerstraße 5. Sie nahm in Abwesenheit ihres Mannes ihren zweijährigen Sohn auf den Arm, begoß sich vollständig mit Petroleum und zündete dann die Kleider an. Noch lebend wurde sie von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus geschafft, wo sie bald darauf an den Verletzungen verstarb. Ueber die schreckliche Familientragödie ist folgendes festgestellt worden:

Das erst einige Jahre verheiratete Prömelische Ehepaar wohnte mit zwei kleinen Kindern im Alter von 7/8 und zwei Jahren im ersten Stock des Quergebäudes des bezeichneten Hauses. Der Mann arbeitete meistens während der Nacht in einer Wägerei. Eheliche Zwistigkeiten sind von den Nachbarn wenig bemerkt worden. Die Frau lebte mehr für sich. Sonntagmittag hatten die Eheleute jedoch einen Streit. Kurz vor zwei Uhr ging der Mann weg, um Milch für die Kinder zu holen. Als er einige Minuten später zurückkehrte, sah er einen hellen Schein in seiner Küche. Er stürzte die Treppe empor und stieß die Korridortür auf. Zu seinem Schrecken gewahrte er seine Frau, das älteste Kind auf dem Arme haltend, in eine Feuerfäule eingehüllt. Er sprang hinzu, riß der Frau das Kind aus den Armen und schrie um Hilfe. Nachbarn eilten herbei und suchten die Flammen mit Tüchern und Wasser zu ersticken. Noch ehe dieses vollständig geschah, sank die brennende Frau, ohne auch nur einen Laut von sich zu geben, um. Sie war schrecklich zugerichtet. Ihre Kleider bildeten nur noch Lumber. Verschiedene Körperteile, namentlich die Füße, erschienen vollständig angekohlt. Die herbeigerufenen Feuerwehre schaffte die Unglückliche sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Das arme Kind hatte im Gesicht und am Hals schwere Brandwunden davongetragen, ebenso der Ehemann. Ihn waren bei den Rettungsversuchen Hände und Arme erheblich verbrannt worden. Vater und Kind fanden nach Anlegung von Rotbändern auf der nächsten Unfallstation ebenfalls im Krankenhaus Aufnahme. Das jüngste Kind war während des bedauerlichen Vorganges im kleinen Wagen liegen geblieben.

Das Motiv zu der unfeligen Tat scheint in einer augenblicklichen Geistesstörung der Mutter zu liegen. Wie ihre nächsten Angehörigen bekunden, hat sie schon in jüngeren Jahren öfter Selbstmordgedanken geäußert. Vor einiger Zeit soll sie auch schon versucht haben, sich und das älteste Kind zu vergiften, woran sie jedoch durch das Dazwischentreten ihres Mannes gehindert wurde. Für Vater und Sohn liegt keine Lebensgefahr vor.

Ein brennendes Automobil verursachte Sonntagsvormittag 10 Uhr die Alarmierung der Feuerwehre nach der Französischenstraße. Vor dem Hause Nr. 41 stand ein Automobil in hellen Flammen, die von der Wehre mit einer Schlauchleitung abgelöscht werden mußten.

Einen schaurigen Fund machten am Sonntagnachmittag Segler auf dem Müggelsee auf einer Fahrt von der Rettungsstation nach dem Forsthaus. Im Wasser entdeckten sie eine Leiche, die mit Hilfe einiger Herren geborgen wurde. Die Leiche mag wohl acht Tage im Wasser gelegen haben. Bei näherer Untersuchung wurde festgestellt, daß der Mann eine Wunde in der Brust hatte, die von einem Messerhieb herrührte; am Kopf fanden sich viele blutunterlaufene Stellen vor; außerdem wurde auch ein Rezept auf den Namen Martin Binder vorgefunden. Ob hier ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, wird die nähere Untersuchung ergeben.

Ein Kind abgestürzt. Auf eigenartige Weise ist am Sonntag ein Kind verunglückt. Die dreijährige Irene Engling, deren Eltern Schulstraße 3 wohnen, hatte in der zweiten Etage auf dem Flur gespielt. Die Kleine verlor sich dabei, sich durch die Sprossen des Treppengeländers hindurchzuzwängen, was ihr auch gelang. Als sie nun wieder zurück wollte, gelang ihr dies nicht. Sie ermaßte bald derartig, daß sie sich an dem Geländer nicht mehr festhalten vermochte. Infolgedessen stürzte sie in die Tiefe hinab. Die entsetzt herbeigelaufene Mutter brachte ihr Kind in beschleunigtem Zustande nach der Unfallstation in der Lindenerstraße. Die Kleine hatte einen schweren Oberarmbruch sowie erhebliche Verletzungen am Kopf davongetragen. Sie wurde nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt, wo an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Die bereits erfolgte Sperrung der einen Hälfte der Eidenauerstraße von der Thoenestr. (ausgeschlossen des Kreuzdamms) bis zur Liebigstraße (ausgeschlossen des Kreuzdamms) wird für die Zeit bis zum 22. d. M. auf die andere Hälfte der Strecke Thoenestr. — Eidenauerstr. 6 und vom 22. d. M. an auch auf den übrigen Teil der bis dahin freizuhaltenden Hälfte bis zur Liebigstraße ausgedehnt. — Der vor den Grundstücken Wallstr. 1—4 liegende Teil und ein Teil des Spittelmarktes wird behufs Ausführung von Tunnelarbeiten vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Nadrennen zu Steglitz. 16. Juni. Die heutigen Dauerrennen, die ohne Windstöße gefahren wurden, verliefen ohne jeden Unfall, höchstens daß einige Motordefekte eintraten, die indes weiter keine nachteiligen Folgen hatten, als daß die davon betroffenen Fahrer dadurch ins Hintertreffen gerieten.

Das Rennen um das Goldene Rotorrad über 100 Kilometer (2000, 2000, 1500, 1250 M.) wurde von dem Berliner Albert Schippe in überlegener Weise gewonnen. Zum ersten Male fuhr er mit Fahrern der Extraklasse, und er hat sich dieser Ehre würdig gezeigt, denn er fuhr das ganze Rennen ohne die geringste Störung bis zu Ende, nachdem er beim 80. Kilometer Demke, der bis dahin die Spitze hatte, den ersten Platz entrißen hatte. Demke leistete noch einigen Widerstand; aber nachdem er durch Radwechsel vor dem 50. Kilometer sieben Runden verloren hatte, war es um ihn geschehen. Robl und Quittler gingen von vornherein ohne Aussicht ins Rennen; Robl erschien mit verbundenen Händen, die bei seinem letzten Sturz arg gestitten hatten, und Quittler war auch nicht auf dem Posten; außerdem hatte er gleich anfangs Motordefekt, so daß er sich nicht zur Geltung bringen konnte; er sowohl wie Robl blieben von vornherein aussichtslos zurück. Robl, der verkleidete Wale seine Schrittmacher gewechselt hatte, gab beim 80. Kilometer auf. Schippe beendete die 100 Kilometer in 1 Stunde 18 Min. 33 Sec., Demke folgte mit 11 840 Meter und Quittler mit 24 600 Meter Abstand. Der Sieger fuhr unter allgemeinem Beifall eine Ehrenrunde.

Der Preis von Steglitz, ein Dauerrennen über 1 Stunde (1000, 800, 700, 600 M.) der von Voort, Ingold, Raub und Pragerfeld bestritten wurde, gestaltete sich ähnlich. Hier war es der Kölner Raub, der vom 6. Kilometer an die Spitze nahm, um sie bis zum Schluß zu behaupten. Pragerfeld hielt sich bis zum 40. Kilometer an zweiter Stelle und kam dann durch notwendig gewordenen Radwechsel über zwei Runden hinter Voort zurück, doch holte er bis zum Schluß so gut auf, daß er den zweiten Platz zurückgewinnen konnte. Raub legte in der Stunde 74,400 Kilometer,

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1209, Charitéstraße 3, Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 19. Juni,
abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der
Rohrleger und Helfer
in Frankes Festalen, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Die Tarifbewegung der Hamburger Kollegen.

Referent: Kollege Franz aus Hamburg.

2. Diskussion.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 19. Juni,
abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung für den Norden
im Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Diskussion über den Verbandstag in München.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Unsere Mitglieder

zur Kenntnis, daß die Hauptbibliothek, Charitéstr. 3, eröffnet ist.

Bibliothekbücher werden an folgenden Tagen ausgegeben:

Montag vormittags 9-1 Uhr, nachmittags geschlossen.

Dienstag vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 4-8 Uhr.

Mittwoch vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 4-7 Uhr.

Donnerstag vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 4-7 Uhr.

Freitag vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 4-9 Uhr.

Sonnabend vormittags 9-1 Uhr, nachmittags geschlossen.

In nachstehenden Filial-Bibliotheken findet die Ausgabe von Bibliotheksbüchern an folgenden Tagen statt:

Berlin SO. Fröhlich, Mühlauer- und Zenghofstraßen-Ecke. Montags, Mittwochs und Sonnabends nachmittags von 5-8 Uhr.

Wedding. Fahrow, Ravenstr. 6. Dienstags abends von 8-9 Uhr.

Spandau. G. Rührmund, Neumeisterstraße 6. Montags und Donnerstags abends von 5 bis 6 Uhr.

Ober-Schöneeweide. Voß, Wilhelmshofstraße 64. Dienstags und Donnerstags abends von 5-6 Uhr.

Moabit. Gundlach, Waldenserstr. 24. Mittwochs von 8-9 Uhr und Sonnabends von 8-10 Uhr abends.

Charlottenburg. Metzdorf, Potsdamerstr. 44. Montags abends von 8-10 Uhr.

Wusterhausen-Wildau. W. Geyer, Schwarzkopffstraße 58 1 Tr. Dienstags und Freitag abends von 7-9 Uhr.

Tegel. Gehhaar, Berlinerstr. 92. Dienstags abends 7 $\frac{1}{2}$ -9 Uhr.

Neue Zahlstellen sind errichtet bei:

Richard Wegner, Halensee, Johann Georgstraße 13.

Richard Käsler, Reinickendorf, Kopenhagenerstraße 13.

Paul Wilk, Charlottenburg, Tauroggenerstraße 44.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 19. Telefon: Amt IV, Nr. 10 623.

Mittwoch, den 19. Juni cr.:

Bezirks-Versammlungen.

Bezirksversammlung für Osten I, Osten II und Nordosten
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
in den „Andreas-Festalen“, Andreasstr. 21.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Kollegen **R. Leopold** über: „Unsere Aufgaben nach der Ausperrung“.

Oestliche Vororte.
Bezirksversammlung abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Plekenhagen, Scharnweberstr. 60.
Tages-Ordnung:
Was lehrt und die Ausperrung? Referent: Kollege Giebel.

Bezirk Süden.
Bezirksversammlung abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Klem, Gasenstraße 13/14.

Bezirk Südosten I.
Bezirksversammlung abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Graumann, Rammstr. 27.

Bezirk Südosten II.
Bezirksversammlung abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr in der „Urania“, Oranienstr. 10/11.

Bautischler.

Bezirksversammlungen am **Mittwoch, den 19. Juni,** abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Bezirk I im Hofsäger, Hafenseide 52.
Bezirk II bei Ritz, Remelerstr. 67.

Donnerstag, den 20. Juni, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Bezirk III bei Dölsge, Schwedterstr. 23/24.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Was hat und die Ausperrung gezeigt und unsere weitere Taktik. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten.

Die Branchenkommission.
Rahmenmacher
abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:

Versammlung.
Die Vertrauensmänner erscheinen eine Stunde früher.
Jede Werkstatt muß vertreten sein!
Mitgliedsbuch legitimiert.

Jalousie-Arbeiter.

Mittwoch, den 19. Juni cr., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Walter, Adalbertstr. 62:

Vertrauensmänner-Sitzung.
Die Kollegen der Firma Wohlfahrt & Comp. sowie die Kollegen der Firma Bentlin sind sämtlich dazu eingeladen.

Bezirksversammlung
Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obligo, Schwedterstr. 23/24,
abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Branche der Vergolder.

Donnerstag, den 20. Juni, abends präz. 8 Uhr, bei Merkwahl, Andreasstr. 20:

Versammlung der Rahmenvergolder.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission der Rahmenvergolder.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Erscheinen aller in der Branche beschäftigten Kollegen notwendig.

Der Branchenleiter.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Abstimmung betreffs der Beitrags-erhöhung für die Lokalkasse findet am **Donnerstag, den 20. Juni,**

in der Zeit von 5-10 Uhr nachmittags in nachfolgenden Lokalen statt:

1. Ch. Hilgenfeld, Bergstr. 62.
2. Karl Kersten, Giesingerstr. 15.
3. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 II. Zimm. 23.

Zur Abstimmung werden die Kollegen nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und, sofern sie nicht länger als acht Wochen mit den Beiträgen restieren, zugelassen.
Die Stimmgelbe werden in den betreffenden Lokalen ausgegeben.
Wir erlauben die Kollegen, sich vollständig an der Abstimmung zu beteiligen.
Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3164L.
Amt 4, 3014.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Berlin I u. II.

Dienstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Taktik während des Stempels im Baugewerbe. 180/4
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Klubreferent: A. H. Chr. Ohngemad.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Filiale Berlin II.

Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Lohnbewegung. 2. Wahl eines Statistikers. 3. Gewerkschaftliches. 180/3
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Portefeuille Achtung!

Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.
Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Graumann, Rammstr. 27:

Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. „Kessliche Wissenschaft und Politik“ Referent: Stadte. Genosse Dr. Bernheim. 2. Aufgabe der neuen Statuten sowie der Möglichkeit Fragebogen. 3. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
Da sehr wichtige Verbandangelegenheiten zu erledigen sind, erwartet zahlreicher Besuch
Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 13. Juli 1907:

Großes Sommer-Fest

in der Brauerei Friedrichshagen (früher Lipp), am Königsstr.
ausgeführt von der 30 Mann starken Kapelle unter Leitung des Dirigenten Herrn **Albert Grabow.**

Garten-Konzert, Hoffmanns Norddeutschen Sängern.
Lebende Photographien, Kaspar-Theater und Unterhaltungsspiele für Kinder.

Großer Ball, Zwei Orchester.
Beginn des Konzertes 8 Uhr.
Billets im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. und sind dieselben bei allen Vertrauensleuten sowie im Bureau, Engel-Ufer 15, vom 24. d. M. ab, zu haben.

Zahlreicher Besuch erwartet
Das Komitee.

Paul Litfins Restaurant u. Festsäle

Amt VII Nr. 1075. Remelerstraße 67.

Saal mit Bühne und Nebenräumen, 500 Personen, kleiner Saal mit Parkettboden, 150 Personen fassend, sowie Vereinszimmer mit Pianino stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zur Verfügung. Es sind noch Sonnabende und Sonntage im Herbst und Winter zu vergeben.

Um gütigen Zuspruch bittet **Paul Litfin.**

Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
Sozial-Räder m. 60.—, Sozial-Luxus- mit Preislauf m. 95.—,
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Qualitätsnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Genossen, Vereinen, Gesellschaften empfiehlt sein Lokal, bis 80 Personen,
Max Goebel,
19475 Gleimstr. 30.

Deutsche Armee-, Marine- und Kolonial-Ausstellung, Berlin 1907

zu Gunsten der Veteranen und Invaliden von Meer-, Marine- u. Schutztruppen.

Lotterie

100000 Serien je 20 Stück à 4 Mk.
10000 Serien im Gesamtwerk von 200

300.000
Hauptgewinn in Werte von

60.000 Mark
40.000 Mark
25.000 Mark
10.000 Mark

2 mal 5000, 5 mal 2000
1 mal 1000, 20 mal 500
50 mal 200, 100 mal 100

LOSE à 1 Mark
berechtigt zum Bezuge der Auslosung.

11 Lose für 10 Mark
(Pausch. u. Liste 28 Pf.)
A. MOLLING, Berlin
Kaiserhofstraße 1.

LOSE à 1 Mark sind in allen durch Plakate kenntlich Verkaufsstellen zu haben.

Zigarrengeschäft,
passend für Parteigenossen, freizeitspazierer, od. d. d. zu verkaufen. Offert L. H., Postamt 1, Charlottenburg.

Bilz

Dresden-Badewitz, Schiller-Loanstr., Hotel, mildes Klima, Nähe Silesia, Prospekt gratis.

Station Lössnitzgrund 20000 qm, BADE (Karr.), Dam u. Familien, nur 20 Pf., 10. 21.

Licht-Luft-Bad
Sportplatz, 4 Lawn-Tennispl., 4 Schwimmb., Tenn.-u. Sporter, Gasbad, 6 Wels.

Bilz' Goldene Lebensregeln
sicheren erschaffen, 1 Mk., 1000
Bezeichnet als Gegenstand.

Bilz Notariat/Recht et. 1/2, Bill, verk.

Stempel-Abdruck von 350000

Robert Hecht, Berlin S., Oranienstr. 142.
Recht schnell und billig alle Arten

Stempel in besserer Ausführung.

Reinlichste Typen „Verfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Sofastoffe

Reinheitswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Nocequett. Pflüsch-Reste! Satteltaschen.

Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Letèvre, Berlin, Oranienstr. 168.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 18. Juni 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Fünf Versammlungen.

1. Im Lokale **Süd-Ost**, Waldemarstraße 75.
2. " " **Drachenburg**, Vor dem Schlesiſchen Tor 1/2.
3. " " **P. Litfin**, Memelerstraße 67.
4. " " **Elysium**, Landsberger Allee 40.
5. " " **Boeker**, Weberstraße 17.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Warum wurde der Reichstag aufgelöst?
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Referenten sind die Genossen:

Eug. Brückner, G. Davidsohn, E. Dittmer, Dr. M. Schütte, Franz Splied.

Gäste willkommen.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

An die gewerkschaftlich sowohl wie politisch organisierte Arbeiterschaft Charlottenburgs!

Auf Grund des stenographischen Berichtes der Stadtverordneten-Versammlung vom 15. Mai 1907 wurde in derselben von dem Herrn Oberbürgermeister Schustehrus der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Ortsverwaltung Charlottenburg, sowie dessen Leiter in der unqualifiziertesten Weise angegriffen und sind Behauptungen anlässlich der Aussperrung der Charlottenburger Müllabfuhr in die Welt geschleudert worden, welche jeglicher Wahrheit bar sind. Um nun der Wahrheit die Ehre zu geben, findet am

Donnerstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, großer Saal, eine

Öffentliche Versammlung

statt, zu der alle Einwohner Charlottenburgs eingeladen sind. Ebenso sind die Stadtverordneten und die Herren Magistratsmitglieder eingeladen, ferner die Direktion der Müllabfuhr-Gesellschaft und der Herr Oberbürgermeister Schustehrus.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand

des Zentralverbandes der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands Ortsverwaltung Charlottenburg.

J. A.: Aug. Gebert.

Nachtrag zur Liste der boykottfreien Bäckereien.

Dahlbörserstraße, Markthalle Stand 175/176, Hähnch.
Grasmostr. 2, Müller.
Gohlwitzerstr. 6, Müller.
Grünauerstr. 26, Barod.
Hansburgerstr. 26, Eder.
Läderstr. 60, Klippig.

Palmerstr. 6, Hirschfeld.
Stargarderstr. 69/70, Junk.
Brieg.
Jahnstr. 41, Lutz.
Ober-Schönweide.
Kathenaufstraße, Peterelt.

Rixdorf.
Neue Donaustr. 52/53, Kuntel.

Tempelhof.

Borussenstr. 8a, Schulze (nicht Verkehr).
Stieglitzstr. 79.

Luttei, Reinickendorf-W., Antonienstr. 42, Jagen, Milchhändler, Soldinerstr. 5 und
Freienwalderstr. 24, Frieſe, Milchhändler, Jahnauerstr. 20, und Hein, Pappel-Allee 53,
beziehen aus unbewilligten Bäckereien.

Die Bewilligung zurückgezogen haben:

S. Eder, Anklamerstr. 57.
Dreißler, Pappel-Allee 85.
Scheunemann, Strelitzerstr. 31.
Legler, Barnimstr. 5.
Legler, Weinstr. 27.
Schön, Mühlentstr. 51.

Otto Mörbe, Rosigstr. 49.
F. Göpwein, Alkensteinerstr. 9.
F. Dähne, Stralauer Allee 23.
Dauke, Fennstr. 51.
E. Barth, Drontheimerstr. 13.
Frd. Zufat, Rixdorf, Falkstr. 21.
F. Lorenz, Steinmehlf. 131.

Meßing, Viesenthalerstr. 2,
hat 1904 bewilligt, die Getreide
aber trotzdem in Kost und Logis
behalten; jetzt wieder bewilligt,
trotzdem aber den Getreide in
Kost und Logis behalten. Ausser-
dem beschäftigt er 3 Lehrlinge,
obgleich er nur 2 nach dem Tarif
halten darf.

Gesperri sind ferner die Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 33/34, und
die Großbäckerei Blothner.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend ersuchen wir,
genau auf die roten Karten zu achten, die alten Plakate sind ungültig.

Die Streikleitung.

Verbandsbureau: Auguststr. 36, Tel. Amt III. 1243.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Am Donnerstag, den 20. Juni,
abends 8 1/2 Uhr,
bei Thiel, Bergstr. 151/152:

Außerordentliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Die nächsten Aufgaben der Organisation.
 2. Festlegung des Beitrages.
 3. Regelung der Krankenunterstützung.
 4. Verbandsangelegenheiten.
- Die Ortsverwaltung.

Herren- u. Knaben-Konfektion!

Nach nimmende erfolgtem Abschluß unserer neuen Lohnliste fordern wir die Berufskollegen auf, sich streng an die Abmachungen zu halten und die Firmen zu meiden, die sich dem Tarif nicht unterwerfen wollen. Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage Freitag bei Brüssel, Neue Friedrichstr. 35, statt, und ersuchen wir auch die noch fernstehenden Kollegen zu erscheinen.

Verband deutscher Schneider, Filiale Berlin.
Mitgliedschaft II
(Zuschneider und Zuschneiderinnen).
Nähere Auskunft beliebit.

Anlässlich des bevorstehenden Internationalen Kongresses in Stuttgart empfehlen wir das Studium der

Protokolle

Internationalen Arbeiter-Kongresse.

Paris. 1889. Mit einem Vorwort von B. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der bestehenden Oere; Wahlfeier. R. - 25

Zürich. 1893. Stellung der Partei im Kriegsjahre; Agrarfrage; Generalstreik. R. - 50

London. 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Untermelung. R. - 20

Paris. 1900. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. R. - 20

Zu beziehen durch alle Parteispeditionen, Parteibuchhandlungen und von allen Kolporteurs, sowie durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden. 294/12

Eine 4seitige Rotationsmaschine

(Patent König u. Bauer) 53 Zentimeter Papierbreite, sehr gut erhalten, ist wegen Aufstellung einer Zwillingrotation preiswert zu verkaufen. - Die- selbe würde sich für eine Parteidrucker, welche vom Flachdruck zur Rotation übergehen will, gut eignen. 62392*

Erferten unter P. 2 an die Expedition dieses Blattes.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annehmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Teppiche mit Gardenschlern, Habrit, Niederlage Große Frankfurterstraße 9, Danters, kein Laden, Mauerhoff. 41
Teppiche billig! Gebirg Große Frankfurterstraße 9, Danters. 41
Wandverkleidung Große Frankfurterstraße 9, Danters. kein Laden, Mauerhoff. 41
Teppiche! (Lehrerhafte) in allen Größen für die Halle des Wertes im Teppichlager Brinn, Gadelier Markt 4, Bahnhofs Böde. 255/2
Fahrräder, Teilzahlungen. In- hendenstraße 20, Stalingerstraße 40.
Steppdecken (spottbillig), Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167R
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumen- straße 20b. 2515R
Möbelfabrik, Oranienstraße 58 direkt Vorplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Eleganteiten. Bei anderer Gelegenheit biete ich in vertriehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffassend billig verkaufe ich neue Chaiselongs 20, Schlafsofa 29, Satteltischchen 45, Wandelsofa 55, hochlegante Gar- nituren 75, Säulentrumeau 32, Bettstelle mit Matratze 16, Nudelschisch 18, Kuschelschisch, Bettso 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 2192R
Möbelfabrik liefert gediegen, Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bitte nachfragen. Nach Katalogzahlung. Kein Laden. Darnad, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, nahe Rottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent.

Gediegene Tischgarnituren, Blüch- sofas 60, - Trumeau, geschlossen, mit Stufe 22, - Bücherbinde 65, - ein- zändige farbige Rücken 60, - Büchlein, Salons, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, größte Auswahl, viele Musterzimmer, billigste Preise, eigene Werkstätten. Duschowitz, Stalinger- straße 25. 2490R
Waschmaschinen!!! Zweiweg- schloher! 3,00. Geschlossene Spar- gasherd 5,00. Geschloßapparate! Waschlattisen! Säubereisen! (spott- billig!) Bronzegasbraten! Gasdamp- lampen! 9,00. Gaslöhren 11 1/2. Wollwäner, Wallnerstraße 32. *
Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51.
Steppdecken, volle Größe, Ere- toinne 3,00, Tricot 4,25, Simillseide 4,25, Wolllas 5,50, Normalhoch- laden 1,85, Sonderangebote. Teppich- haus Emil Lehndre, Oranienstr. 158.
Wegen Tod verkauft Halbrenner, Frau Roslowitz, Kommandanten- straße 35, I rechts. 1325R
Damenrad verkauft billig Koll- sch. Rübenerstraße 24, Hof 3 R.
Zweirädriger Federwagen zu ver- kaufen. Köchel, Göttenstraße 9.
Verritts, Betteln, Sofa verkauft Kuchs, Rixdorf, Anlehnstraße 9.
Handelshaus! Hermannplatz (links). Sportbilliger! Bettenverkauf, Kinderverkauf, Nähmaschinen, Uhren- verkauf, Goldschmied, Teppichverkauf, Herrengarderobe, Ausbesserung.
Gutgehendes Obst- und Käse- waren-Geschäft, gute Auslagen, so- fort billig zu verkaufen. Götten- straße 21. 1331b
Gangbare Wohnkamin! Kran- keitswagen verläuft! Vollastraße 15.
Parierlokal wegen Krankheit so- fort zu verkaufen, Fabrik im Hause, 100 Kleinerlokal, Halstele Wahl- verrein. Rantenerstraße 125. 416
Fahrrad-Schlosserei mit gutem Bestand, 4 Jahre bestehend, ist billig zu verkaufen. Zu erfragen Al- tenstraße, Grünauerstraße 51. 1335b
Grammophon, nagelneu, spottbillig, 35 Mark. Simon-Dachstraße 20, Rechtsbureau. 4146
Räumungsverkauf, Handlei- haus, Weidenweg neunzehn, extra- billig. 43/19R
Gelegenheitskäufe! Paletots, An- läge, Polen, Koffer, Revolver, Leihwagen, Uhren, Goldschmied, Kessel, spottbillig. Lude, Oranienstraße 131.
Weißgläser, Operngläser, Hei- zzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Gitarren, Silber, Teppiche, spottbillig. Lude, Oranien- straße 131. 1323b

Bessere Schlafstelle für zwei Herren Götterstraße 35 vorn IV bei Wato- kulla. 416
Möblierte Schlafstelle für einen Herren vermietet Wives Ramenel, Stalingerstraße 7. 480
Mietgesuche.
Möbliertes Zimmer, billig, mög- lichst bei alleinlebenden Leuten, sucht antändiger Herr. „Preisofferten“ Postamt 45. 1332b
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junger Mann aus guter Familie, Gymnasium bis Untersekunda besucht, sucht Stellung auf Redaktion. Hat sich bereits schriftlich betätigt und verfügt über guten Stil, weitgehende allgemeine Kenntnisse in Literatur, Geschichte usw. und beherrscht voll- kommen drei fremde Sprachen, fran- zösisch, italienisch, holländisch. Erferten unter O. 2 Expedition dieses Blattes.
Blinder Stubstuhler bittet um Arbeit. Stühle werden abgebohrt und zurückgelehrt. A. Glöter, Rind- straße 27. 1469b
Hilfsschneider, (spottbillig, gut- sitzend, schnell, geübt, Reparaturen, Garbenerereinigung, sucht Kundchaft. Ebert, Frucht- straße 31, vorn. 411
Stellenangebote.
Automobilfahrer! Vortreffliche theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur- leitung. Größter Stellenangebots gratis. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Autotechnikum Berlin-Wilmers- dorf, Hildegardstraße 13. Bedeutsames Lehrinstitut Deutschlands. Von Be- rühmten benorragt. 2506R
Rohrer sucht Holzhaus, Galenlee.
Borsdörger, Goldschmied- fabrik, Postamtstraße 5. 464
Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verschiedenes.

Ernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter- richtsstunde wöchentlich genügt. Be- ständige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Farenantwahi Wessel, Wilmshir- straße 21a. 9275R
Kunstschloßerei von Frau Kofsky, Charlottenburg, Weidestraße 84, I.
Wittigstisch! 0,50, reichlich, schmacht mit Bier, Kaffee, Apfel- wein, Innenstr. 16, parterre. 236/12
Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 10a. 260/18R
Verwandtschaft-Vollständer-Gesell- schaft Eldenburgerstraße 23. 479R

Vermietungen.

Wohnungen.
Cadenarberstraße 5 zwei bis drei Zimmer, Balkon, eventuell Bad sofort oder später. 226/3R
Sofort. Full: Etude, Küche, kleinerer Korridor, Badstr. 20,00, Kuhlfelderstraße 48. 4103
Zimmer.
Zimmer, möbliert, Schweiß, Carmen Schulstraße 163 vorn IV, Nähe Ringbahnhof, Schönhauser Allee.
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle kleine Dasse, Stettinerstraße 25 vorn III. 4100
Schlafstelle Dierente, Lützen-Ufer 18 vorn. 44/11

Chausseur-Schule „Am Bedding“.

am Gerlichstraße 17, größte, be- deutendste, nimmt stets Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur- leitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hoch- bezahlter Stellen. 281/15R
Für eine größere Kampfabrit wird per sofort ein geübter Ein- schanner für Galerien und Tisch- schreibmaschinen gesucht, der auch an Einzelmaschinen Erfahrung be- sitzt. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Chiffre B. 2* des „Vorwärts“ mit Angabe bisheriger Tätigkeit.
Arbeiterin, Anabenbluten, junges Mädchen zum Knöpfemachen ver- langt Lade, Soldinerstraße 112.
Botenfranco haben lohnende und dauernde Beschäftigung Schöner- straße 24/25, Tour Alexandrinerstraße.
Zeitungsfreien für Vorgen- touren, wohnthaft möglichen Stellen- nachhof und Bahnhof Kreuzauer Allee, sofort verlangt. Meldungen bei Paul Grams, Kopendanger- straße 10 III. 1334b

Zum Arbeitsmarkt durch

besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
2 junge, tüchtige Möbelfachler können sofort dauernden Platz erhalten. Lohn 35 Oere die Stunde. Man schreibe an
Hoberg, Möbelfabrik, Vig St. 13215* Dänemark.
Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Begen Streik und Differenzen ist gebietet:
für Bergolder u. Leistenpolierer die Firma Mackenson, Ritter- straße 47. 88/17R
Die Ortsverwaltung.